LTW 3neu LTW-Programm - GERECHT

Antragsteller*innen:
Tagesordnungspunkt: 1. Landtagswahlprogramm

2. GERECHT

Teilhabe und Gerechtigkeit / Um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern, wollen wir allen Menschen echte Chancen geben

Alle Menschen sollen selbstbestimmt leben können. Diese Maxime leitet uns GRÜNE auch in vielen lebenspraktischen Fragen und gibt uns den Kurs für die Gestaltung der Zukunft vor: mehr Gerechtigkeit, mehr Entfaltungsmöglichkeiten, mehr Geborgenheit im Zusammenleben. Wir treten dafür ein, dass kein Mensch z.B. auf Grund von Einkommen, Herkunft, Religion,Behinderung Geschlecht oder sexueller Identität ausgegrenzt und allein gelassen wird. Grundlage dafür sind starke öffentliche Institutionen in der Bildung, in der sozialen Hilfe und im Gesundheitsbereich. Die Verwirklichung einer gerechten Gesellschaft braucht eine menschennahe Finanzpolitik, eine Bildungspolitik, die Teilhabe für alle ermöglicht, soziale Absicherung und förderliche Rahmenbedingungen für Familien. So wird unser Wohlergehen gewährleistet und die Gesellschaft zusammengehalten. Ohne sozialen Frieden kann es auch keine Sicherheit geben.

Kollidierender Änderungsantrag: LTW 3.77: LTW-Programm - GERECHT

Wir wollen den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land stärken. Unser Ziel ist es, Teilhabe und Selbstbestimmung zu verwirklichen. Chancengleichheit für alle ist die Grundlage unserer Sozialpolitik für alle Generationen. Wir treten dafür ein, dass kein Mensch auf Grund von Einkommen, Herkunft, Religion, Geschlecht oder sexueller Identität ausgegrenzt und allein gelassen wird. Grundlage dafür sind starke öffentliche Institutionen. Eine gerechte Gesellschaft, die Teilhabe für alle ermöglicht,ist die Grundlage für den sozialen Frieden.

Familien stärken

Familie ist, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. Unsere Wertschätzung und Unterstützung gilt allen partnerschaftlichen Beziehungen, ganz gleich ob Vater-Mutter-Kind, Alleinerziehende, Patchwork- oder Regenbogenfamilien.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf steht im Zentrum unserer Familienpolitik. Wir setzen uns für eine bessere und verlässliche Kinderbetreuung ein.

Die Situation von Alleinerziehenden werden wir verbessern und die gute Zusammenarbeit mit dem Verband Alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) intensivieren.

Familienzentren ausbauen

Den Ausbau der Familienzentren wollen wir weiter vorantreiben. Unser Ziel ist ein flächendeckendes Angebot. In Familienzentren erhalten Kinder, Eltern und Familien Unterstützung, Beratung und Förderung. Gemeinsam mit Trägern und Kommunen werden wir diese familienunterstützenden Angebote stärken und sie mit sozialräumlichen

Strukturen (z.B. Jugendhilfe, Schule etc.) verbinden und weiterentwickeln, denn:
Für die Erziehung eines Kindes braucht es ein ganzes Dorf.

Kollidierender Änderungsantrag: LTW 3.78: LTW-Programm - GERECHT

Den Ausbau der Familienzentren wollen wir weiter vorantreiben. Unser Ziel ist ein flächendeckendes Angebot. In Familienzentren erhalten Kinder, Eltern und Familien unkompliziert Unterstützung, Beratung und Förderung. Gemeinsam mit Trägern und Kommunen werden wir diese familienunterstützenden Angebote stärken und sie mit sozialräumlichen Strukturen (z.B. Jugendhilfe, Schule etc.) verbinden und weiterentwickeln, denn: Für die Erziehung eines Kindes braucht es ein ganzes Dorf.

Zeit für die Familie haben

Wir werden uns für familienfreundliche, moderne und flexible Arbeitszeitmodelle und mehr zeitliche Selbstbestimmung für Familien einsetzen und diese Ziele auch im öffentlichen Dienst umsetzen. So können Frauen und Männer ihren Wunsch nach partnerschaftlicher Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit leben, Kinder oder pflegebedürftige Angehörige versorgen.

Kinderrechte stärken – Kinder- und Jugendbeteiligung voranbringen

Wir sprechen uns für eine wachsende politische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen und ihre frühe Einbindung in demokratische Entscheidungen aus.

Schleswig-Holstein ist Vorreiter bei der Verankerung von Kinder- und Jugendrechten. Doch für die Durchsetzung von Kinder- und Jugendrechten müssen Kinder und Jugendliche diese auch kennen. Wir werden die Förderung von Programmen zu diesem Zweck ausweiten, gerade in sensiblen Bereichen wie der Jugendhilfe. Zudem setzen uns dafür ein, dass Kinder- und Jugendrechte in Schulen stärker thematisiert werden – z.B. im Rahmen von Projektwochen. Wir setzen uns für Chancengleichheit, Teilhabe und Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen ein und wirken darauf hin, dass die Kommunen im Rahmen des Paragrafen 47f Gemeindeordnung die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen umsetzen und neue Beteiligungsmodelle im Alltag der Kinder und Jugendlichen integrieren. Hierfür werden wir eine Informationskampagne mit Best-Practise-Beispielen starten.

Wir GRÜNE fordern ein Verbandsklagerecht für Kinder- und Jugendverbände.

Wir setzen uns auf Bundesebene für die Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz ein.

Frühe Hilfen: Kindeswohl und Kinderschutz sichern

Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche gesund und gewaltfrei aufwachsen und die notwendige Förderung erhalten.

Wir fördern einen bedarfsgerechten Ausbau der frühen Hilfen, um Kindeswohl und Kindergesundheit zu schützen.

Wir sprechen uns klar gegen Kinderehen aus. Diese gefährden das Kindeswohl und sind mit den geltenden Gesetzen nicht vereinbar. Besonders im Hinblick auf verheiratete minderjährige Geflüchtete geht für uns Kinderschutz vor Toleranz. Kinderehen gehören grundsätzlich nicht anerkannt, erwachsene Ehemänner minderjähriger Ehefrauen dürfen das Sorgerecht für diese nicht bekommen.

Das Netzwerk von Familienhebammen wollen wir wie in Dänemark für die Betreuung im ersten Lebensjahr ausbauen und die wichtige Arbeit des Kinderschutzbundes und der Kinderschutzzentren weiterhin unterstützen.

Für Kinder und Jugendliche, die nicht in ihren Herkunftsfamilien aufwachsen können, gehen wir den Aufbau regionaler Ombudsstellen in erreichbarer Nähe an.

Kinder- und Jugendhilfe reformieren

In der Kinder- und Jugendhilfe setzen wir uns für bessere Rahmenbedingungen bei der Sozialraumorientierung ein.

Für uns ist die Kinder- und Jugendhilfe ein zentrales Unterstützungssystem, das Familien bei der Bewältigung von Krisen und schwierigen Lebenssituationen auf Augenhöhe beratend und unterstützend zur Seite steht. Wir sehen, dass in Schleswig-Holstein aktuell insbesondere im Bereich der Ehe-, Familien- und Lebensberatung, sowie der Erziehungsberatung ein Generationenwechsel stattfindet, der die bisherige Qualität und Versorgungsdichte gefährdet. Hier werden wir gemeinsam mit Trägern und Kommunen auf einen Erhalt hinwirken und einen Ausbau prüfen. Zudem werden wir uns dafür einsetzen, dass vom Landesjugendamt Fortbildungen für diesen Bereich angeboten werden.

Zum Wohl von minderjährigen Geflüchteten sowie Familien mit Kindern muss es bessere und präventive Konzepte der Jugendhilfe geben. Sie dürfen nicht durch alle rechtlichen und sozialen Netze fallen. Die Unterstützung endet nicht mit dem Erreichen der Volljährigkeit.

Jugendverbände und Jugendfreiwilligendienst unterstützen

Die Jugendverbände leisten wertvolle Arbeit für alle Jugendlichen. Die Arbeit des Landesjugendringes und die Träger der offenen Kinder- und Jugendarbeit werden wir weiter unterstützen.

Das „Freiwillige Soziale Jahr“ ist bei jungen Menschen sehr beliebt und erfährt hohe Akzeptanz. Die Förderung werden wir fortsetzen und prüfen, ob wir die Jugendfreiwilligendienste ausbauen können.

Kinderarmut bekämpfen

Viele Kinder in Schleswig-Holstein wachsen in Armut auf. Wir akzeptieren nicht, wenn Kinder aus finanziellen Gründen von sozialer und kultureller Teilhabe, Sport, Ferienangeboten, Klassenfahrten, Essen in Schulen sowie Kitas ausgeschlossen sind.

Unser Ziel ist die Bekämpfung der Kinderarmut.Auf Bundesebene wollen wir eine armutsfeste Kindergrundsicherung einführen.

Soziale Infrastruktur stärken

Unser GRÜNES Gesellschaftsbild ist geprägt von Chancengleichheit, Solidarität und Teilhabegerechtigkeit. Das Fundament für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist eine funktionierende soziale Infrastruktur und die Hilfe in allen Lebenslagen. Wir wollen nicht zulassen, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderklafft.

Besonders Altersarmut und Langzeitarbeitslosigkeit sind sozialer Sprengstoff. Ausreichend hohe Löhne und Gehälter sind die Basis für die Vermeidung von Armut.

Zur Bekämpfung der Altersarmut werden wir uns auf Bundesebene für eine armutsfeste Garantierente einsetzen.

Die Sanktionen gegenüber Hartz IV-Bezieher*innen sind wirkungslos und diskriminierend. Wir fordern deshalb auf Bundesebene ein Ende der Sanktionen und eine Reform der Grundsicherung. Wir werden uns auf Bundesebene für ein wissenschaftlich begleitetes Modellprojekt zum bedingungslosen Grundeinkommen einsetzen.

Kollidierender Änderungsantrag: LTW 3.127: LTW-Programm - GERECHT

Die Sanktionen gegenüber Hartz IV-Bezieher*innen sind wirkungslos und diskriminierend. Wir fordern deshalb auf Bundesebene die Abschaffung der Sanktionen gegen Erwerbslose und eine Reform der Grundsicherung. Wir wollen ein Ende der Praxis von Androhung und Bestrafung, die in vielen Job-Centern und Arbeitsagenturen Realität ist. Stattdessen setzen wir auf Motivation, Anerkennung und Beratung auf Augenhöhe. Wir werden uns auf Bundesebene für ein wissenschaftlich begleitetes Modellprojekt zum bedingungslosen Grundeinkommen einsetzen.

Die sozialen Einrichtungen und Verbände sind ein unverzichtbarer Bestandteil der sozialen Infrastruktur. Ihre Arbeit unterstützen wir weiterhin und wollen sie in einem Landes-Wohlfahrtsgesetz absichern. Die gute Zusammenarbeit mit der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten und dem Beauftragten für Menschen mit Behinderung setzen wir fort.

Nicht ohne uns über uns

Unser Ziel ist eine inklusive Gesellschaft, die Teilhaberechte von Menschen mit Behinderung sichert.
Nicht ohne uns über uns". Das gilt für unsere GRÜNE Politik für Menschen mit Behinderung. Deshalb wollen wir die Selbstorganisation und direkte Beteiligung von Menschen mit Behinderung in den Kommunen und im Land stärken. Kommunale Beauftragte oder Beiräte für Menschen mit Behinderung leisten hierfür einen wichtigen Beitrag .
Den Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und das Gesamtkonzept „Alle Inklusive“ wollen wir fortführen.

Das Budget für Arbeit wollen wir ausbauen.

Wir setzen uns für Hilfen aus einer Hand und transparente individuelle Hilfeplanverfahren auf Grundlage einer bundesweit einheitlichen Hilfebedarfserhebung ein. Ein "Leben Daheim anstatt im Heim" muss möglich sein.

Die sozialräumliche Ausgestaltung von Angeboten der Eingliederungshilfe sind auszubauen. Wir unterstützen die Kreise und kreisfreien Städte bei der Entwicklung von Konzepten, die den Trägern und Verbänden eine flexible Mittelverwendung z.B. zur Schaffung Offener Treffs ermöglichen. So können Zugangsschwellen abgesenkt und Angebote unbürokratisch wahrgenommen werden. Die Erfahrungen des Modellprojekts im Kreis Nordfriesland und der Ambulanten Sozialpsychiatrie in Hamburg liefern wichtige Grundlagen.

Auf Bundesebene setzen wir uns für ein modernes Bundesteilhabegesetz ein, um eine selbstbestimmte Teilhabe für alle zu ermöglichen. Hierzu gehören für uns GRÜNE einheitliche Qualitätsstandards,ein bedarfsdeckendes Teilhabegeld, die Abschaffung des Mehrkostenvorbehalts und den Verzicht auf den Einsatz des Vermögens.

Bildungs- und Kulturangebote müssen der Inklusion gerecht werden. Wir werden uns stark machen, die Förderprogramme des Landes darauf auszurichten. Gemeinsame Angebote für Menschen mit und ohne Behinderung in den Bereichen Theater, Sport und Musik müssen selbstverständlich werden.

Selbstbestimmt Leben im Alter

Die Bedürfnisse der älteren Generation werden vielfältiger. Viele Ältere ziehen dauerhaft nach Schleswig-Holstein. Um allen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, sollen auch bestehende Förderprogramme für den ländlichen Raum genutzt werden. Wir werden neue Formen des Zusammenlebens, z.B. im Rahmen von Genossenschaftsprojekten unterstützen. Menschen, die aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind, bereichern unsere Gesellschaft durch ehrenamtliches Engagement, Lebenserfahrung und unkonventionelle Ideen.

Dem demografischen Wandel und den Generationen gerecht werden

Der demografische Wandel ist eine Herausforderung für unsere Gesellschaft. Wir wollen in den kommenden Jahren die Weichen stellen, um Generationengerechtigkeit und Lebensqualität erhalten und sichern zu können. Wir wollen außerdem mit einer familienfreundlichen Politik und der Gestaltung der Einwanderung auf den demografischen Wandel reagieren.

So werden wir einen Masterplan Demografie auf den Weg bringen, der die Absicherung der Daseinsvorsorge und der sozialen Infrastruktur ins Zentrum stellt. Bei diesem Projekt soll die Sozialraumplanung berücksichtigt und ein „Demografie-Check“ eingeführt werden. Schleswig-Holstein – für alle Generationen attraktiv machen!

EU Charta für Gleichberechtigung und Vielfalt umsetzen

Zu unserer Agenda gehört es, die Inhalte der EU-Charta für Gleichberechtigung und Vielfalt zu vermitteln und umzusetzen. Wir drängen auf die gleichberechtigte Teilhabe, Stärkung und Unterstützung von Frauen auf den Arbeitsmarkt durch wirkungsvolle Maßnahmen und Angebote.

Der Einsatz von Haushaltsmitteln hat eine geschlechterspezifische Wirkung bei Förderprojekten zu berücksichtigen. Dem wollen wir zukünftig verstärkt gerecht werden.

Wir wollen eine konsequente geschlechtergerechte Haushaltsführung (Gender Budgeting) umsetzen.

Zuflucht und Hilfe für Frauen und Mädchen vor Gewalt ermöglichen

Der Schutz vor Gewalt ist ein Menschenrecht. Die Prävention von Gewalt ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Für Frauen und Mädchen, die Opfer von Gewalt werden, ist eine gute Infrastruktur aus Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen erforderlich.

Wir haben die Schließung von Frauenhäusern verhindert und den Neubau des Frauenhauses in Norderstedt unterstützt. Nachdrücklich geben wir den Kommunen bei Bauvorhaben und Renovierungen Rückendeckung. Wir werden die Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) der Frauenhäuser, das Mädchenhaus in Kiel und die LAG der Frauenberatungsstellen auch weiterhin unterstützen, bei den Landeszuschüssen steigende Tarifkosten berücksichtigen und Investitionsmaßnahmen zur Energieeffizienz von Frauenhäusern fördern. Wir werden die besondere Situation

der Mädchen und Frauen, die aus anderen Nationen zu uns geflohen sind, im Rahmen der Gewaltschutzkonzepte berücksichtigen.

Wir werden einen Landesaktionsplan gegen sexuelle und häusliche Gewalt unter Beteiligung aller relevanten Ministerien auf den Weg bringen.

Dabei prüfen wir ein ehegattenunabhängiges Aufenthaltsrecht für Frauen, die von häuslicher Gewalt betroffen sind. Es ist unsere Aufgabe, verbindliche Schulungen zum Thema Gleichstellung und Frauenrechte für weibliche und männliche Flüchtlinge auf den Weg zu bringen.

Weiterhin setzen wir uns für die Bekämpfung des Frauenhandels ein und unterstützen die gute Arbeit der Beratungsstelle.

Gleichstellung auch in den Parlamenten voranbringen

Wir fordern ausreichende organisatorische und finanzielle Ressourcen für die Gleichstellungsbeauftragten und wollen den Frauenanteil in den Parlamenten erhöhen. Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist auf allen politischen Ebenen weiter voranzubringen und ein paritätisches Wahlrecht einzuführen.

Wir wollen Mentoringprogramme und kommunalpolitische Netzwerke aufbauen und stärken sowie die institutionelle Unterstützung durch eine Koordinierungsstelle auf Landesebene schaffen. Ziel der kommunalpolitischen Netzwerke ist es, die Kompetenzen von bereits tätigen Kommunalpolitikerinnen parteiübergreifend zu bündeln und zu erweitern sowie politisch interessierten Frauen den Einstieg in die Politik zu erleichtern.

Wir fordern die Aufhebung des § 17 GstG vom 13. Dezember 1994 und eine grundlegende Überarbeitung des GstG in Angleichung an das Bundesgleichstellungsgesetz.

Kollidierender Änderungsantrag: LTW 3.36: LTW-Programm - GERECHT

Wir fordern ausreichende organisatorische und finanzielle Ressourcen für die Gleichstellungsbeauftragten und wollen den Frauenanteil in den Parlamenten erhöhen. Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist auf allen politischen Ebenen weiter voranzubringen und ein paritätisches Wahlrecht einzuführen.

Mehr Frauen in MINT Berufe

Noch immer herrscht keine Chancengleichkeit bezüglich der Berufswahl. So werden schon kleine Jungen mehr motiviert sich in den sogenannten MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) zu profilieren als Mädchen. Andersherum wird den Jungen oft eine Kompetenz im sozialen Sektor abgesprochen. Das Problem zieht sich durch den gesamten Bildungssektor bis hin zu einer sehr geringen Anzahl Frauen in den MINT-Berufen.

In den MINT Fächern liegt der Anteil der weiblichen Studierenden bundesweit sowie in Schleswig-Holstein bei rund 20 %. Frauen studieren eher Pädagogik, Medizin und Sozialwissenschaften und Männer eher die MINT Fächer. Diese Tendenz ist in den Fachhochschulen noch ausgeprägter als in den Universitäten.

Nach dem Eintritt in das Berufsleben verringert sich leider der Anteil Frauen auf rund 15 %, welches unter anderem mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu tun hat.

Dieses ist nicht nur ein Ungleichgewicht zwischen Männern und Frauen was die Art der Tätigkeit angeht, sondern auch was das durchschnittliche Lohnniveau angeht, so dass Frauen eher in den geringer bezahlten Berufen arbeiten als Männer. Der Equal-Pay-Day mahnt uns jedes Jahr dieses Problem zu beachten.

Gleicher Lohn für gleichanspruchsvolle Arbeit und echte Möglichkeiten zur Teilzeit wären Schritte zu mehr Chancengleichheit. Wir setzen uns ein für signifikante Lohnsteigerungen in den sozialen und Pflegeberufen. Dieses hilft nicht nur Frauen dabei für ihren Lebensunterhalt aufzukommen, sondern ermutigt auch mehr Männer, sich solcher Berufe anzunehmen. Dieses kann langfristig zu mehr Gerechtigkeit und Gleichverteilung führen.

Die Bemühungen der letzten Jahrzehnte, den Anteil der Frauen in den MINT Fächern zu steigern haben erste Erfolge gezeigt und konnten den Frauenanteil steigern, jedoch leider immer noch auf niedrigem Niveau. An dieser Stelle müssen existierende Programme weiter gefördert werden und neue Programme geschaffen werden, die den Trend verstärken. In die Lehreraus- und Fortbildung sollte eine Sensibilisierung auf die Genderproblematik stärker einfließen. Außerdem wollen wir weiterhin den Girl'sDay/ Boy's Day und die Arbeit der Organisationen, die sich mit frühkindlicher Bildung in den MINT-Fächern schon ab der KiTa beschäftigen fördern.

Sich für ein MINT Fach zu entscheiden ist keine ad hoc Entscheidung einer Frau. Erfahrungen zeigen, dass Frauen, die sich für ein MINT Fach entschieden haben, schon sehr früh, also während der Kindheit, mit diesen Themen in Berührung gekommen sind. Aus diesem Grunde ist es wichtig, vor alle Programme zu stärken und aufzubauen, die in der Förderung und Forderung von jungen Mädchen liegen und dieses bereits im Vorschulalter.

Kollidierender Änderungsantrag: LTW 3.37: LTW-Programm - GERECHT

Wir fordern ausreichende organisatorische und finanzielle Ressourcen für die Gleichstellungsbeauftragten und wollen den Frauenanteil in den Parlamenten erhöhen. Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist auf allen politischen Ebenen weiter voranzubringen und ein paritätisches Wahlrecht einzuführen.

Frauen@Digital

Das Internet und die Digitalisierung verändern Berufsleben und private Zeit für Männer und Frauen. Risiken und Chancen, die sich daraus ergeben, sind aber oft von Frauen noch nicht erschöpfend erkannt und genutzt.

Die Digitalisierung und die neuen Medien bieten Chancen zur Vernetzung von Frauen.

Gerade die sozialen Netzwerke bieten eine gute Plattform für Frauenrechte aber auch für viele andere Themen zu kämpfen.

Vernetzung von Frauen im Internet hinsichtlich berufliche Netzwerke und Austausch von Erfahrungen und Hilfsangeboten findet bereits statt und sollte ausgeweitet werden.

Erweiterte Möglichkeiten der Heimarbeit verbessert die Möglichkeit für Männer und Frauen Familie und Beruf besser in Einklang zu bringen. Dabei sollte nicht außer Acht gelassen werden, dass der Billiglohnsektor im Internet floriert.

Schon jetzt nutzen viele Frauen die Möglichkeit über digitale Start-Ups neue Geschäftsfelder zu eröffnen und den Markt zu „erobern". Wir wollen diese Frauen

fördern und ermuntern. Dabei ist allerdings zu beobachten, dass diese oft nur dem Nebenerwerb dienen bis beispielsweise Elternzeiten überbrückt sind.

Weiterbildungsmöglichkeiten und digitale Studienangebote, die Frauen ermöglichen, sich weiter unabhängiger von der Einbindung in Familie und Beruf zu machen wollen wir weiterhin unterstützen.

Digitalen Jobbörsen für Frauen und berufliche Frauennetzwerke unterstützen wir.

Die Risiken liegen hauptsächlich im Bereich der Anonymität des Internets. So wird Sexismus eher geduldet und leider haben Frauenhandel und digitale Prostitution auch hier ein Portal gefunden, ohne dass eine hinreichende rechtsstaatliche Verfolgung stattfinden kann

Als Maßnahmen fordern wir die Verstärkung von anonymen Frauenberatungen zur sexualisierten Ausnutzung und Unterdrückung von Frauen im Internet, z.B. Förderung von geschlossenen Frauengruppen in den „sozialen Medien“

Wir fordern eine klare staatliche Positionierung zur sexualisierten Gewalt gegen Frauen im Internet, um Vorstöße / Anträge zur rechtsstaatlichen Verfolgung zu ermöglichen.

Das Ehrenamt würdigen und belohnen

Schleswig-Holstein ist das Land der helfenden Hände. Dies ist nicht erst durch die starke Zuwanderung Ende 2015 klar geworden. Das Ehrenamt stützt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ob in der Kommunalpolitik, beim Bürgerbus, im Natur- und Tierschutz, bei der Freiwilligen Feuerwehr oder in zahllosen Vereinen – viele Menschen, darunter auch Neuzugewanderte, packen im Land freiwillig an und füllen manche Lücke in der Versorgung. Wir GRÜNE machen uns für die Belange der Ehrenamtlichen stark.

Wir wollen die Ehrenamtskarte, deren Angebote die Küstenkoalition ausgeweitet hat, bekannter machen, damit viele Menschen im Land davon profitieren können. Die Karte ist ein Zeichen des Dankes an alle Ehrenamtler*innen. Sie ermöglicht zahlreiche Vergünstigungen, etwa bei Theatern, in Restaurants oder Museen. Wir wollen den Zugang vereinfachen und die Angebote auch außerhalb der Kiel Region ausbauen.

Die freiwillige Arbeit junger Menschen gilt es zu honorieren, wo wir es können, und dafür zu werben, dass ehrenamtliches Engagement zum Beispiel bei der Vergabe von Ausbildungs- oder Studienplätzen berücksichtigt wird.

Auch in der Schule muss ehrenamtliches Engagement gefördert werden. Die Schulen sind zu ermuntern, den Schüler*innen die Möglichkeiten und Vorteile eines Ehrenamtes näher zu bringen und in Projekttage und -wochen zu integrieren.

Hauptamt braucht Ehrenamt und umgekehrt. Wir wünschen uns eine Begegnung von Haupt- und Ehrenamt auf Augenhöhe und in gegenseitigem Respekt. Zentrale hauptamtliche Koordinierungsstellen werden gefördert, um diese Art der Begegnung auf kommunaler Ebene zu unterstützen und zu ermöglichen.

Die Arbeit der Freiwilligen braucht auch professionelle Unterstützung. Angebote zur Fortbildung, Beratung und Supervision sind zu fördern. Wer unbezahlt für die Gesellschaft arbeitet, soll nicht noch selbst für Fortbildung, Fahrtkosten etc. aufkommen müssen.

Darüber hinaus werden wir auf Bundesebene prüfen, ob durch ehrenamtliche Tätigkeit auch zusätzliche Rentenpunkte zu erwerben sind.

Neue Arbeitswelt

Wir haben den Wandel in unsere Arbeitswelt erkannt und sehen für die Zukunft die Notwendigkeit der strukturellen und rechtlichen Veränderungen in dieser. Wir wollen die Chancen ergreifen und mit neuen Denkansätzen die Arbeitswelt 4.0 mit gestalten. Dabei stellen wir uns vor allem den notwendigen sozialen Brückenbau, den diese Neugestaltung mit sich bringen wird. Wir erkennen schon heute die Notwendigkeiten, den dieser tiefgreifende gesellschaftlichen Wandel mit sich bringen wird, und wollen diese mitgestalten.

Soziales@Digital

Die Digitalisierung eröffnet neue Chance für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wenn Unternehmen und öffentliche Einrichtungen ihren Mitarbeiter*innen erlauben, einen Teil der Arbeit außerhalb des Betriebs zu verrichten, erhöhen wir die Flexibilität für eine bessere Life-Balance.

Eine möglichst umfassende Barrierefreiheit muss selbstverständlich für öffentliche, privat-wirtschaftliche und private Angebote im Internet werden.

Auf den Punkt

- Wir werden Alleinerziehende besser unterstützen, Kinderrechte stärken und Kinderarmut bekämpfen,
- Frühe Hilfen ausbauen, Familienhebammen und Familienzentren fördern,
- Inklusion von Menschen mit Behinderung weiter voranbringen und Barrierefreiheit verbessern,
- ein selbstbestimmtes Leben für Senioren unterstützen und einen Masterplan Demografie aufstellen,
- Frauenhäuser und –beratungsstellen, Kinderschutzzentren und das Mädchenhaus fördern,
- die EU-Charta für Gleichberechtigung und Vielfalt auf den Weg bringen,
- die Gleichstellung von Frauen und Männern auf allen politischen Ebenen weiter entwickeln und ein paritätisches Wahlrecht einführen,
- ehrenamtliches Engagement unterstützen und honorieren.

Bezahlbarer Wohnraum / In gemeinsamer Verantwortung Wohnraum planen, klimafreundlich und zum Wohl Aller bauen

Stark gestiegene Mieten und Immobilienpreise haben dazu geführt, dass es für Menschen mit kleinen Einkommen und junge Familien schwerer wird im Hamburger Rand und in den kreisfreien Städten bezahlbaren Wohnraum zu finden. Wohnen ist ein Grundbedürfnis. Deswegen fördern wir als Land den sozialen Wohnungsbau und erwarten vom Bund, dass er sich an einem bedarfsgerechten Ausbau angemessen beteiligt.

Menschen ohne ausreichende Bonität werden auch bei sozialen Wohnungsbauunternehmen häufig als Mieter*innen abgelehnt und werden so oft in die Obdachlosigkeit getrieben. Wir wollen die Einrichtung eines Fonds prüfen, mit dessen Hilfe gegenüber Vermieter*innen die notwendige Bürgschaft erbracht werden kann.

In den Kommunen soll sozialer Wohnungsbau zu einer zentralen Aufgabe werden

Wir brauchen geförderten sozialen Wohnungsbau. Die Kommunen spielen hierbei eine tragende Rolle. In ihren Händen liegt die Bauleitplanung, sie sind mit den Bedürfnissen der Menschen vertraut. Deshalb wollen wir die Kommunen bestärken, Wohnraumplanung zur Chef*innensache in den Rathäusern zu machen. Dabei hilft ein enger Austausch mit der Landesregierung und der I-Bank. Hier wollen wir für mehr Beratung und Unterstützung sorgen.

Neue Wege zu günstigen Baugrundstücken ebnen

Ein großes Problem für die Schaffung bezahlbarer Wohnungen sind die hohen Grundstückspreise im Hamburger Rand, auf den Inseln und in etlichen Städten. Bauland wird oftmals im Höchstpreisverfahren vergeben. Wir begrüßen die vorbildlichen Ansätze in Lübeck (Verbilligungsrichtlinie, Preisrabatt für städtische Grundstücke) und Norderstedt (Drittelmix: sozialer Wohnungsbau, Eigentumswohnung und Mietwohnung zu gleichen Teilen). Die Konzeptvergabe in Hamburg führt dazu, dass Flächen nur an Investor*innen vergeben werden, deren Bauvorhaben sozial überzeugen. Für diese Beispiele werben wir.

Integrierte Stadtentwicklungskonzepte helfen planen

Neubau und Verdichtung führt auch zur Versiegelung von Flächen, steht in Konkurrenz zum Umweltschutz und geht oft zu Lasten von Stadtgrün. Um den Flächenverbrauch möglichst klein zu halten, setzen wir bei der Schaffung neuen Wohnraums nicht allein auf Neubau, sondern auch auf Modernisierung, Bestandsverdichtung, Aktivierung von Leerständen, Geschossaufstockung, Wohnungstausch und Initiativen wie "Wohnen für Hilfe". Ein Baulückenkataster sollte in jeder größeren Gemeinde angelegt werden.

In der Regel entsteht durch mehr Wohnungen auch mehr Verkehr. Deswegen werden wir integrierte Stadtentwicklungskonzepte fördern, die den ÖPNV einbeziehen und die verschiedenen Nutzungskonflikte in fairen Ausgleich bringen. Die Interessen aller Menschen, besonders von Kindern, sind zu berücksichtigen. Engagierte und rechtzeitige Bürgerbeteiligung ist Voraussetzung für die Akzeptanz von Baumaßnahmen.

Eine Absenkung der Standards darf nicht zu kurzlebiger Bausubstanz führen. Wir müssen verantwortungsvoll mit unseren Ressourcen umgehen und – nicht zuletzt angesichts der älter werdenden Gesellschaft – mehr barrierefreie Wohnungen schaffen. Es reicht nicht, günstig zu bauen, wir müssen auch auf eine gelungene Quartiersentwicklung achten. Soziale Nachhaltigkeit verhindert zudem die Entwicklung sozialer Brennpunkte. Wir GRÜNE setzen uns für eine inklusive und vielfältige Gesellschaft ein, in der jeder mit jedem Nachbar sein kann.

Dem gemeinwohlorientierten Bauen gehört die Zukunft

Gerade genossenschaftliches Bauen, gemeinwohlorientierte Wohnungswirtschaft und insbesondere Baugemeinschaften setzen auf Gemeinschaft und können mit ihren

innovativen Konzepten Impulse für eine soziale Stadtentwicklung geben. Ihre Projekte, die oftmals auch Mobilität und Energieversorgung vernetzen, sind zukunftsweisend. Baugemeinschaften haben unsere besondere Unterstützung.

Zur Unterstützung von Baugemeinschaften wollen wir – wie in Hamburg – eine zentrale Beratungs- und Vernetzungsstelle im Land aufbauen. Es ist zu prüfen, wie nachhaltige und gemeinwohlorientierte Projekte bei dringendem Bedarf und langjähriger Mietpreisbindung durch Zuschüsse unterstützt werden können, zusätzlich zu den bestehenden Förderprogrammen.

Wir begrüßen es, wenn Kommunen Wohnungsbaugesellschaften aufbauen.

Auf den Punkt

- Wir werden Kommunen für ihre Wohnraumplanung professionelle Beratung anbieten,
- dafür werben, dass Kommunen Baugrundstücke für gemeinwohlorientierte Projekte günstiger abgeben – wie etwa in Lübeck und Norderstedt,
- Städtebaumittel für integrierte Stadtentwicklungskonzepte einsetzen.

Gesundheit und Pflege / Wir brauchen regionale Gesundheitszentren und neue Modelle für eine gute Versorgung

Gesundheit und Pflege gehören zu den Schlüsselthemen unseres Landes. Einen gleichberechtigten Zugang zu Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen sicherzustellen, ist ein zentrales Anliegen grüner Politik.

Gleichzeitig ist der Gesundheitssektor einschließlich Pflege, Medizintechnik, Wellness- und Reha-Einrichtungen der größte Wirtschaftszweig in Schleswig-Holstein und stellt mit etwa 200.000 Beschäftigten jeden fünften Arbeitsplatz. Wir sehen einen gut aufgestellten Gesundheitssektor als große Chance für die weitere Entwicklung unseres Landes an. Von entscheidender Bedeutung ist es, den Bedarf an Ärzt*innen und Pflegekräften für die Versorgung der Bevölkerung zu sichern.

Prävention und Gesundheitsaufklärung unterstützen

Prävention ist das beste Mittel gegen Erkrankungen. Hierzu gehören Konzepte zur Vermeidung chronischer Erkrankungen, wie etwa Diabetes mellitus durch gesunde Ernährung und ausreichende Bewegung sowie ein konsequenter Nichtraucherschutz. Wir unterstützen Projekte für eine wirksamere Gesundheitsaufklärung.
Sexuelle Gesundheit ist wichtig für alle Menschen. Daher setzen wir uns für die Stärkung von Beratungs- und Präventionseinrichtungen z.B. "AIDS-Hilfen" und "pro familia" ein.

Kollidierender Änderungsantrag: LTW 3.148: LTW-Programm - GERECHT

Prävention ist das beste Mittel gegen Erkrankungen. Hierzu gehören Konzepte zur Vermeidung chronischer Erkrankungen, wie etwa Diabetes mellitus durch gesunde Ernährung und ausreichende Bewegung sowie ein konsequenter Nichtraucherschutz. Wir unterstützen Projekte für eine wirksamere Gesundheitsaufklärung.
Unsere vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den AIDS-Hilfen wollen wir fortsetzen und weiter ausbauen.

Kollidierender Änderungsantrag: LTW 3.120: LTW-Programm - GERECHT

Die Prävention im Gesundheitswesen wollen wir ausbauen. Hierzu gehören Konzepte zur Vermeidung chronischer Erkrankungen, wie etwa Diabetes mellitus.Wir setzen uns auch weiterhin für einen konsequenten Nichtraucherschutz ein. Die Gesundheitsinitiative Schleswig-Holstein wollen wir fortsetzen und weiter entwickeln.

Medizinische Versorgung im ländlichen Raum verbessern

Die Sicherung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum ist eine der entscheidenden Aufgaben in den nächsten Jahren, besonders in einem Flächenland mit Inseln und Halligen. Die ambulante und stationäre Versorgung muss verzahnt und die sektorenübergreifende medizinische Versorgung verbessert werden.

Erfolgreich haben wir uns für die Realisierung des Zukunftsmodells Brunsbüttel eingesetzt, wo bundesweit erstmalig ambulante und stationäre Gesundheitsversorgung unter einem Dach konzeptionell zusammengefügt und angeboten werden. Wir werden die Umsetzung begleiten und überprüfen, wie sich dieses Modell auf andere Regionen übertragen lässt, damit die medizinische Versorgung im ländlichen Raum gewährleistet ist.

Um die Planung zu verbessern, werden wir regionale Gesundheitskonferenzen unter Beteiligung von Patient*innen, Gesundheitsämtern, Krankenhäusern, niedergelassenen Ärzt*innen, Vertreter*innen aller Gesundheitsberufe sowie der Kommunalpolitik einrichten. Die Umsetzung könnte durch eine Landesgesellschaft erfolgen, die Ergebnisse der regionalen Konferenzen auswertet, die Umsetzung begleitet und in einem transparenten Verfahren die Bürger*innen über die eingeleiteten Schritte informiert.

Kommunale Gesundheitszentren, medizinische Versorgungszentren und Zweigpraxen sind weitere Bausteine zur Sicherung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum.

Wir unterstützen die Übertragung ärztlicher Aufgaben und den Einsatz von Gemeindeschwestern und -pflegern.

Besonders für den ländlichen Raum bietet der Ausbau der ergänzenden Telemedizin Potenzial.

Bessere Hygiene - Krankenhausinfektionen vermeiden

Unser Ziel ist die Vermeidung von Krankenhausinfektionen. Wir wollen dafür sorgen, dass Schleswig-Holstein bei dieser Frage eine Vorreiterrolle einnimmt.

So unterstützen wir den Bau einer spezialisierten Infektionsstation nach niederländischem Modell in einem Schleswig-Holsteinischen Krankenhaus. Dieses Modell werden wir wissenschaftlich begleiten und bei Erfolg ausbauen. Zu verbessern ist der Personalschlüssel insbesondere auf den Intensivstationen, die Hygienestandards sind fortlaufend zu erneuern. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Bund entsprechende Maßnahmen unterstützt.

Mit einem Landeskrankenhausgesetz Bau und Finanzierung regeln

Wir verfolgen das Ziel, alle gesetzlichen Regelungen zur Planung und Finanzierung der Krankenhäuser in einem Landeskrankenhausgesetz zusammenzufassen.

Investitionen in den Krankenhausbau werden wir bedarfsgerecht umzusetzen. Der Abbau des Sanierungsstaus in den Krankenhäusern ist ein Schwerpunkt bei der Sicherung der

sozialen Infrastruktur. Den eingeschlagenen Weg werden wir weiter verfolgen, um die Versorgung überall in Schleswig-Holstein zu sichern.

Auf Bundesebene setzen wir uns weiterhin für einen bundesweit einheitlichen Basisfallwert ein, um eine gerechte und angemessene Finanzierung der Krankenhausbehandlung in Schleswig-Holstein zu erreichen.

Die Medizin braucht mehr Nachwuchs

Bei uns im Land werden in den nächsten 10 bis 15 Jahren viele Hausärzt*innen in den Ruhestand gehen. Gleichzeitig steigt dann der Bedarf an Versorgungsleistung – vor allem im ländlichen Raum. Vor diesem Hintergrund werden – bundesweit – zu wenig Mediziner*innen an den Hochschulen ausgebildet. Mit der medizinischen Fakultät an der Christian-Albrechts-Universität in Kiel und der Universität zu Lübeck haben wir zwei exzellente Hochschulen zur Medizinerausbildung.
Wir haben den Bau unseres Universitätsklinikums UKSH erfolgreich auf den Weg gebracht. Das UKSH ist als einziges Krankenhaus der Maximalversorgung ein entscheidender Bestandteil der medzinischen Infrastruktur. Die Umsetzung des Bau-Masterplans darf nicht zulasten der Patienten oder des Personals gehen.
Unser Ziel ist es, gemeinsam mit den anderen Bundesländern durch einen "Hochschulpakt Medizin" bundesweit 1000 neue Medizinstudienplätze zu schaffen.

Pflege geht Alle an

Der überwiegende Anteil der Pflegebedürftigen möchte so lange wie möglich zu Hause versorgt werden. Um das zu ermöglichen, müssen auch die Pflegenden – in der Mehrzahl Frauen – entlastet werden.

Das Schleswig-Holsteinische Geriatrie-Konzept (Altersmedizin) gilt es fortzuschreiben. In der Pflege werden wir kommunale Modellprojekte auflegen, wissenschaftlich auswerten und bei Erfolg landesweit umsetzen.

Wir GRÜNE setzen uns für einheitliche Standards bei der Personalbemessung in der Pflege und eine konsequente Umsetzung des Arbeitsschutzes für Pflegekräfte ein. Die Voraussetzungen wollen wir gemeinsam mit den Pflegekräften verbessern. Hierzu gehört auch, die erforderlichen Ausbildungskapazitäten vorzuhalten.

Palliativversorgung und Hospize

Wir wollen das Angebot im Bereich der ambulanten und stationären Versorgung mit Palliativmedizin und Hospizen weiter ausbauen.

Geburtshilfe sicherstellen und Hebammen unterstützen

Zur Sicherung der Versorgung mit Geburtshilfe und Hebammen soll die Anzahl der Ausbildungsplätze für Hebammen bedarfsgerecht ausgebaut werden. Gemeinsam mit den Kommunen wollen wir Verantwortung für die Sicherung der Haftpflichtprämien übernehmen und in jedem Kreis und jeder kreisfreien Stadt eine für Geburtshilfe zuständige Hebamme einsetzen. Zur Versorgung der Inseln und Halligen sowie anderer strukturschwacher Gegenden setzen wir uns weiterhin für eine externe Begleitung bei der Koordinierung ein.

Tageskliniken für psychisch Kranke ausbauen

Unseren erfolgreichen Einsatz für den bedarfsgerechten Ausbau psychiatrischer und psychosomatischer Tageskliniken werden wir konsequent fortsetzen. Wir unterstützen die gemeinsame Koordinierung ambulanter, (teil)stationärer und tagesklinischer

Behandlungsformen.
AUßerdem wollen wir zusätzliche Traumatherapieangebote für Geflüchtete fördern.

Demenzerkrankungen nehmen aufgrund der demografischen Entwicklung immer mehr zu.
Den Demenzplan Schleswig-Holstein entwickeln wir weiter.

Gesundheitsversorgung für Geflüchtete sicherstellen

Zur Eingliederung der Asylsuchenden in das Gesundheitssystem ist uns mit der landesweiten Einführung der Gesundheitskarte ein erster Schritt gelungen. Ergänzt werden muss dieses System um einen verlässlichen Dolmetscherpool für Arztbesuche und ärztliche Aufklärungsgespräche, sofern Bedarf besteht. Außerdem wollen wir in Schleswig-Holstein ein Modell für die Gesundheitsversorgung von Menschen ohne Papiere entwickeln. Besonderes Augenmerk richten wir auf traumatisierte Geflüchtete. Die von uns veranlasste Aufstockung der Mittel ist weiterzuführen und dem kommenden Bedarf anzupassen. Auch hier sind Übersetzerpools für Therapie- und Beratungsgespräche mit zu bedenken. Fortbildung von und Supervision für Menschen, die Traumatisierte in Unterkünften begleiten und betreuen wollen wir fördern.Das Ziel lautet die gleiche Gesundheitsversorgung aller hier lebenden Menschen

Kollidierender Änderungsantrag: LTW 3.126: LTW-Programm - GERECHT

Zur Eingliederung der Asylsuchenden in das Gesundheitssystem ist uns mit der landesweiten Einführung der Gesundheitskarte ein wichtiger Schritt gelungen. Wir wollen nun in Schleswig-Holstein ein Modell für die Gesundheitsversorgung von Menschen ohne Papiere entwickeln. Besonderes Augenmerk richten wir auf traumatisierte Geflüchtete.

Unabhängige Patientenberatung wieder gewährleisten

Wir bedauern, dass die unabhängige Patientenberatung nach einer Fehlentscheidung der Bundesregierung nicht mehr ausreichend im Land präsent ist und werden versuchen, diese Fehlentwicklung auf Bundesebene rückgängig zu machen.

Gesundheit@Digital

Die Digitalisierung im Gesundheitswesen und der Ausbau der Telemedizin bieten große Chancen für die Sicherung der medizinischen Versorgung. Gerade angesichts der Sensibilität der Daten und heute oftmals unsicherer Übertragungswege sind auch hier gute Datenschutzstandards von zentraler Bedeutung.

Auf den Punkt

- Wir werden Menschen, die pflegebedürftige Familienangehörige zu Hause pflegen durch entlastende Programme besser unterstützen,
- Wir werden die Prävention von Erkrankungen fördern,
- die medizinische Versorgung im ländlichen Raum sichern,
- den Investitionsstau bei den Krankenhäusern weiter abbauen,
- für alle Pflegebedürftigen Qualität in der Pflege hoch halten,
- die Angebote für Menschen mit psychischen Erkrankungen und Demenz sowie der Hospiz- und Palliativmedizin weiter ausbauen,
- Traumatherapien für Geflüchtete fördern,
- Modellprojekte begleiten, die ambulante und stationäre Gesundheitsversorgung vor allem im ländlichen Raum zusammenwirken lassen,
- die Einrichtung einer Landesgesellschaft zur Umsetzung innovativer Konzepte prüfen,
- den Ausbau der Telemedizin unterstützen.

Kita / Plietsch – Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder schon von der Kita an. Mit mehr Qualität und Unterstützung der Eltern

Überschrift streichen und NEU: Kita - Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder von Anfang an

Die Brücken in eine offene Gesellschaft werden in Kitas und Schulen gebaut. Für eine gelungene Inklusion und Integration liegt hier der Schlüssel. Dabei kommt es vor allem auf Qualität an – bei Ausstattung, bedarfsgerechten Öffnungszeiten, Ausbildung und Personal. Kitas sollen Orte der Geborgenheit und des Lernens sein – und die Kinderstube der Demokratie.

Kaum ein Bereich ist so im Wandel wie die Angebote für kleine Kinder. Seit 2013 haben Kinder ab dem ersten Geburtstag bundesweit einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz. Bei Platzangebot und Betreuungsschlüssel stehen wir im Norden gut da. Das Land hat seit 2012 die Mittel für die Kitafinanzierung von100 auf 200 Millionen Euro jährlich verdoppelt. Das ist deutlich mehr, als wir vor der letzten Landtagswahl versprochen hatten.

Mehr Qualität in der Kita

Krippen und Kitas halten vielen Familien den Rücken frei. Hier ist Platz zum Lernen, um Freundschaften zu schließen und Fragen zu stellen – für Kinder, aber auch die Eltern. Nicht zuletzt wollen wir die Rolle der Elternvertretungen stärken, diese institutionalisieren und mit mehr Mitteln ausstatten.

Qualität der Kinderbetreuung ist uns wichtig. Schleswig-Holstein liegt bei den Kitas im bundesweiten Durchschnitt, viele arbeiten schon heute auf höchstem Niveau. Wir wollen aber gemeinsam mit den Akteur*innen landesweit einen Orientierungsrahmen für gute fachliche Praxis erarbeiten und diesen mit den Fortbildungsangeboten verbinden.

Inklusive Angebote sollen schrittweise ausgebaut werden, die Sprachförderung intensiviert, der Übergang von der Kita in die Grundschule systematisiert und auch die Arbeit der Familienzentren gestärkt werden, die wir seit 2014 mit 2,5 Millionen Euro jährlich unterstützen.

Tagesmütter und -väter bleiben wichtig für Familien mit kleinen Kindern. Sie sollen an den neuen Maßnahmen für Fachberatung und Qualitätsentwicklung teilnehmen und sich vernetzen können. Eltern, die ihre Kinder von Tagesmüttern oder –vätern betreuen lassen, sollen keinen Nachteil haben, wenn Ihr Kind mit drei Jahren einen Kitaplatz benötigt.

Familiengerechtigkeit, eine transparente und gerechte Kitafinanzierung

Kinderbetreuung ist aus dem Lebensalltag junger Familien nicht mehr wegzudenken. Für den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung müssen der zeitliche Bedarf sowie die finanzielle und soziale Situation der Familien noch stärker berücksichtigt werden. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Ausbildung sowie Weiterbildung oder Pflege wollen wir weiter verbessern.

Eltern müssen trotz aller Anstrengungen im Bundesvergleich bei uns durchschnittlich am meisten zahlen. Das geht von geringen Gebühren wie in Neumünster hin zu kaum noch tragbaren Elternbeiträgen im Hamburger Rand. Gemeinsam mit Kreisen und Kommunen wollen wir familiengerechte Lösungen finden, wie z.B. Geschwisterermäßigungen und Beitragsstaffelungen.

Kitagebühren lehnen wir im Grundsatz ab. Ein bedarfsgerechtes Angebot und hohe Qualität haben für uns Priorität. Mittelfristig bleibt die Beitragsfreiheit unser Ziel, so wie es bei Schulen und Universitäten schon der Fall ist. Allerdings haben wir erste Schritte getan, um Familien zu entlasten: So wird 2017 erfreulicherweise das Krippengeld eingeführt, das Eltern von Krippenkindern mit 100 Euro pro Monat entlastet und weiter ausgebaut wird. Außerdem haben wir Familien im Bezug von Transferhilfe per Kitagesetz 2013 komplett von Kita-Gebühren freigestellt.

Kollidierender Änderungsantrag: LTW 3.61: LTW-Programm - GERECHT

Kitagebühren lehnen wir im Grundsatz ab. Zu Gunsten eines bedarfsgerechten Angebots und einer hohen Qualität werden wir das Thema Beitragsfreiheit in den nächsten Jahren leider nicht angehen können. Allerdings haben wir erste Schritte getan, um Familien zu entlasten: So wird 2017 das Krippengeld eingeführt, das Eltern von Krippenkindern mit 100 Euro pro Monat entlastet. Außerdem haben wir Familien im Bezug von Transferhilfe per Kitagesetz 2013 komplett von Kita-Gebühren freigestellt.

Die Zunahme an Ganztags- und Krippenplätzen, Tarifsteigerungen und erhöhte Bildungsstandards bringen Kommunen teilweise an den Rand der Handlungsfähigkeit. Wir wollen die Kommunen bei diesen Aufgaben finanziell noch stärker unterstützen. Dies werden wir mit mehr Transparenz in der Finanzierung verbinden. Die Kitafinanzierung muss für alle nachvollziehbar sein.

Fachkräftemangel in Kitas entgegen wirken, Berufseinstieg attraktiver machen

Viele qualifizierte Absolvent*innen unserer Beruflichen Schulen arbeiten im Anschluss an eine zwei- bis fünfjährige Schulzeit mit Praktika nicht in Kitas, obwohl qualifiziertes Personal händeringend gesucht wird. Darum wollen wir zum einen die Anerkennung von beruflichen Erfahrungen erleichtern – andererseits Maßnahmen entwickeln, die den Berufseinstieg einfacher und attraktiver gestalten und den Einstieg in eine duale Ausbildung prüfen.

Auf den Punkt

- Wir werden noch mehr in Kita-Qualität investieren,
- eine einfache und verlässliche Kita-Finanzierung mit Kreisen und Kommunen erreichen, die Kommunen wieder Spielräume gibt,
- uns für mehr Beitragsgerechtigkeit einsetzen,
- den Berufseinstieg für junge Menschen attraktiver machen.

Schulen / Leben, lernen, entdecken: Unsere Schulen sollen sich in Ruhe entwickeln können, zum Besten für Schüler*innen und Lehrkräfte

Wir wollen, dass nicht in erster Linie Fächer sondern junge Menschen unterrichtet werden. Uns ist wichtig, dass Kinder die Welt des Wissens entdecken, sie lernen, worauf sie stolz sein können und erfahren, wobei sie sich anstrengen müssen. Guter Fachunterricht, individuelle Förderung, ein wertschätzender Umgang – das haben unsere Schüler*innen verdient. Wir streben eine ganzheitliche Bildung an und wollen den Kindern gutes Rüstzeug mitgeben: Ausbildungsreife und Lebenspraxis.

Wir werden ein allgemeines Förderprogramm für die Sanierung und Modernisierung der kommunalen Schulgebäude aufsetzen und mit Priorität finanzieren.

100 Prozent Unterrichtsversorgung plus Bildungsbonus

Unseren Schulen fehlen Lehrkräfte. Den Sparkurs an unseren Schulen von Schwarz-Gelb haben wir darum 2012 beendet. Auch künftig wird unser Schwerpunkt auf einer besseren Ausstattung der Schulen und höherer Qualität liegen.

Bei der Unterrichtsversorgung haben wir uns von 95 Prozent auf inzwischen 98 Prozent vorgearbeitet. Alle Schulen brauchen eine 100-prozentige Versorgung, einige darüber hinaus mehr Personal: Schulen unterscheiden sich bei der Zusammensetzung der Schüler*innenschaft stark. Wir wollen vor allem Schulen einen "Bildungsbonus" geben, die vielen Kindern und Jugendlichen mit Lern- und Lebenserschwernissen Rückenwind geben. Es gilt, multiprofessionelle Teams einzusetzen, die etwa aus Lehrkräften, Sozialarbeiter*innen, Psycholog*innen bestehen, Entlastungsstunden für Schulleitungen und Lehrkräfte an diesen Standorten zu ermöglichen und so eine Personalausstattung von mehr als 100 Prozent zu erreichen.

Wir haben die Schulsozialarbeit und die Schulassistenz an Grundschulen mit jeweils mehr als 13 Millionen Euro jährlich aufgestockt. Den schulpsychologischen Dienst wollen wir ebenfalls weiterentwickeln.

Die Anzahl der Ganztagsschulen ist weiter gestiegen. Jetzt gilt es die Qualität zu verbessern. Viele Angebote entsprechen nicht unseren Anforderungen an ganztägige Bildung und Betreuung. Eine bessere Verzahnung der Ganztagsangebote mit außerschulischen Organisationen und Einrichtungen ist erforderlich. Die Zusammenführung von Hort und Ganztagsschule in zukünftiger Verantwortung der Schulen darf nicht zum Qualitätsverlust im Ganztagsangebot führen. Unser Ziel bleibt, dass alle Schulen zu gebundenen, also verbindlichen und gebührenfreien Ganztagsschulen werden.

Qualitätsverbesserungen statt Strukturdebatten – Personalentwicklung fördern

Seit dem Jahr 2007 gibt es eine neue Schulstruktur im Land. Das System aus Gemeinschaftsschulen, Gymnasien und Beruflichen Schulen hat sich bewährt. Der Standard G8 an Gymnasien und G9 an Gemeinschaftsschulen und Beruflichen Gymnasien ist allgemein akzeptiert. In der laufenden Legislaturperiode haben wir nach einem Bildungsdialog mit vielen Akteur*innen behutsam nachgesteuert. Wir sind uns bewusst, dass die Schulen Ruhe wollen, um an Schulkultur und Unterrichtsmethoden weiterarbeiten zu können. Darum halten wir uns mit neuen Bestimmungen und Pflichtanforderungen zurück. Es wird keine Veränderung der Schulstruktur geben.

Unsere Aufgabe wird es vielmehr sein, Rahmenbedingungen zu gestalten, die an den Schulen Freiräume für gemeinschaftliche Initiativen und Entwicklungen lassen. Wir unterstützen alle Schulen dabei, ihren Beitrag zu gesellschaftlichen Aufgaben, vor allem der Inklusion und der Integration von Geflüchteten, zu leisten.

Wir werden die Ausgaben für Fortbildung erhöhen und den systematischen Einstieg in die Supervision (Beratung und Hilfe) von Lehrkräften und Schulleitungen prüfen.

Wir werden uns für variable Arbeitszeitmodelle einsetzen und in einigen Modellschulen Erfahrungen damit sammeln. Ziel ist es, multiprofessionellen Teams Freiräume zu schaffen, Zeit für Koordinierungsaufgaben zu gewinnen und Arbeitsspitzen abzumildern.

Der Schulleitung kommt eine wichtige Rolle bei der Sicherstellung der Schulqualität zu. Schulleitung ist ein eigenes Berufsfeld – auf die komplexen Managementaufgaben sind viele Lehrer*innen nicht vorbereitet. Wir halten die Einführung einer systematischen Personalentwicklung und ein Spezialprogramm für künftige Führungskräfte in Schulen für unerlässlich. Dafür soll Vielfalt, z.B. ethische und soziale Herkunft,Religion und Weltanschauung, Alter, Behinderung, Geschlecht oder sexuelle Identität berücksichtigt werden.

Auch Schulen sind lernende Systeme. Darum wollen wir mehr Schulen die Chance auf ein „Schul-Feedback“ geben und sie in ihrer Entwicklung mit zielgerichteten Maßnahmen unterstützen. Schüler*innen und Eltern können aufschlussreiches Feedback geben, deswegen sind sie in diesen Prozess einzubinden.

Wir wollen Kreativität und projektebezogene Gruppenarbeit stärker fördern. Entrepreneurship gehört in unsere Schulen. Deshalb wollen wir neue fächerübergreifende Gründungsinitiativen, wie beispielsweise der Young Economic Summit (YES!) der Schüler:innen Informations- und Medienkompetenz, Verantwortlichkeit und ökonomische Bildung vermittelt. oder die Social Entrepreneurship Initiative SEEd. Solche Projekte stärker unterstützen.

Kollidierender Änderungsantrag: LTW 3.114: LTW-Programm - GERECHT

Auch Schulen sind lernende Systeme. Darum wollen wir mehr Schulen die Chance auf ein „Schul-Feedback“ geben und sie in ihrer Entwicklung mit zielgerichteten Maßnahmen unterstützen. Schüler*innen können aufschlussreiches Feedback geben, deswegen sind sie in diesen Prozess einzubinden. Wir werden eine*n Schulbeauftragten schaffen. Ziel soll eine unabhängige Anlaufstelle für Konflikte sein. Sowohl Lehrer*innen, als auch Schüler*innen sollen sich so abseits der vorhandenen Maßnahmen, wie etwa der Dienstaufsichtsbeschwerde, Unterstützung suchen können.

Inklusion verwirklichen

Inklusion bedeutet Teilhabe und Förderung.

Zur Inklusion verpflichtet der Artikel 24 der UN-Behindertenkonvention die Politik. „Anfang September legte der UN-Fachauschuss einen Kommentar („General comment“) zur Umsetzung der UN-Behindertenkonvention vor. Dessen Kernbotschaft ist eindeutig: Inklusive Bildung schließt ausdrücklich das Recht auf Nicht-Segregation ein. Inklusive Bildung ist das Recht des Kindes. Die Eltern haben sich in der Wahrnehmung ihrer Verantwortung an dem Recht des Kindes auszurichten. Und: Das Nebeneinander von zwei System –einem segregierten Sonderschulsystem und einem Regelschulsystem – ist mit dem Anspruch auf Inklusion nicht vereinbar.“(1)

Daraus ergibt sich die politische Zielsetzung spätestens im Laufe des kommenden Jahrzehnts dieses unzulässige Nebeneinander zu beenden. Natürlich brauchen wir bis dahin für Kinder mit Handicap, die noch in Förderzentren lernen, eine bessere Versorgung.Darum wollen wir die Qualifizierung der Lehrkräft an den Regelschulen vorantreiben, mehr Förderlehrkräfte und weiteres pädagogisches Fachpersonal, damit alle Kinder gute Bedingungen haben.

Das Land wird die erforderliche Umgestaltung von Regelschulen massiv mit Investitionsanreizen unterstützen.

Inklusion braucht Unterstützung. Damit alle Kinder individuelle Lernunterstützung in Anspruch nehmen können, sind mehr Förderlehrkräfte und weiteres pädagogisches Fachpersonal einzustellen. Mit den von uns in dieser Legislatur bereits geschaffenen zusätzlichen Stellen für Förderlehrkräfte sowie rund 600 Schulassistent*innen an Grundschulen haben wir einiges erreicht. Künftig geht es darum, die Mittel von Schulbegleitung und Schulassistenz im Sinne der Schule und der Verlässlichkeit für die betroffenen Familien besser zu verzahnen.

Inklusion kann nicht nach der neunten Klasse enden. Gemeinsam mit Schulen und Wirtschaft sowie mit Jugendberufsagenturen werden wir nach besseren Möglichkeiten suchen, die inklusive Struktur auch in der beruflichen Bildung im Land auszubauen.

Das Land wird die Kooperation von Regelschulen und Förderzentren mit Investitionsanreizen unterstützen. Bauliche Veränderungen sollen auch die gemeinsame Planung und Gestaltung des Unterrichts verbessern. Die Zusammenarbeit von Fach- und Förderlehrkräften, Schulsozialarbeitern und Schulassistent*innen, von Ganztagspersonal und Schulbegleiter*innen wird so erleichtert und wirkungsvoller.

Zu Kindern und Jugendlichen mit besonderen Bedürfnissen zählen auch Hochbegabte. Wir begrüßen die bereits angelaufenen Projekte an unseren Schulen und werden sie weiter fördern – als wichtigen Beitrag für Vielfalt an Schulen.

Kinder und Jugendliche aus aller Welt sind willkommen an unseren Schulen

Ohne die engagierte Arbeit unserer Schulen wird Integration nicht gelingen. Mehr als 700 Lehrer*innenstellen sind bislang geschaffen worden, weitere werden folgen, um allen Kindern und Jugendlichen in Schleswig-Holstein einen guten Bildungsstart zu ermöglichen. Die Arbeit in DaZ-Vorbereitungsklassen (Deutsch als Zweitsprache) braucht einen eigenen Ansatz. Wir setzen uns dafür ein, die besondere Kompetenz von Lehrkräften zu nutzen, die selber Geflüchtete sind oder waren. Diese Lehrer*innen brauchen ein spezielles Einstiegs- und Traineeprogramm, um mit unseren pädagogischen Standards erfolgreich arbeiten zu können.Solange noch nicht ausreichend mehrsprachige Lehrkräfte an Schleswig-Holsteinischen Schulen zur Verfügung stehen, soll der Dolmetscherpool des IQSH, der bislang nur den DaZ-Zentren zur Verfügung steht, für den Abruf aller Schulen geöffnet werden. Nicht alle Kinder Neuzugewanderter lernen an DaZ-Zentren. Für Elterngespräche und Beratung werden insbesondere auch an Förderzentren kompetente Dolmetscher*innen benötigt, um aufzuklären und zu vermitteln.

Schule muss sich jede*r leisten können

Wir leben in einem der reichsten Länder der Welt, aber auch bei uns kommen Kinder ohne Frühstück zur Schule. Nicht alle Kinder können sich das Mensaessen oder Klassenfahrten leisten. Kein Kind darf aus Geldsorgen vom Schulleben ausgeschlossen sein.

Wir werden einen Sozialfonds auflegen, der es finanziell benachteiligten Schüler*innen ermöglicht, gleichberechtigt an Bildungsangeboten teilzuhaben. Dazu gehören die Teilnahme an Klassenfahrten, Zuschüsse zum Essen, Kosten für benötigte Lernmittel und IT-Ausstattung, die viele Kinder und Jugendliche sowie ihre Eltern oftmals vor große finanzielle Schwierigkeiten stellen.

Schule muss Wege offen halten

Schüler*innen aus problembelasteten Familien stehen beim Schulbesuch oft vor besonderen Herausforderungen, die sich in der Pubertät oft potenzieren – ausgerechnet wenn der erste oder der mittlere Schulabschluss ansteht. Kinder und vor allem Jugendliche, die nach Deutschland geflüchtet sind, können oft in den wenigen Jahren bis bei ihnen der Schulabschluss ansteht, nicht die deutsche Sprache lernen und gleichzeitig die Leistungen abrufen, die ihnen eigentlich möglich wären. Um diesen jungen Erwachsenen eine echte Chance auf einen Schulabschluss zu ermöglichen, setzen wir uns für eine Förderung solcher Programme ein – auch jenseits von Schul- und Berufsschulpflicht. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass Eltern, die nicht in der Lage sind, ihren Kindern ausreichend im Schulalltag zu helfen, mehr Unterstützung erfahren.

Demokratie und Vielfalt wagen

Demokratie, Vielfalt und Selbstbestimmung müssen früh erlernt werden. Wir wollen Kinder von Beginn an mitbestimmen lassen, etwa durch altersgerechte Feedbackformate. Angemessene Demokratieprojekte sollen in den Kitas und allen Schulformen ein festes Angebot sein, damit Kinder und Jugendliche die Vielfalt der Gesellschaft, unterschiedliche Lebensentwürfe und die Pluralität von Meinungen schätzen lernen. Wir werden Projekte unterstützen, die das Ziel einer kritischen Reflektion von Geschlechterrollen unter Jugendlichen haben.

Politische Bildung ist, gerade in Zeiten erstarkender rechtspopulistischer Parteien, für das Mitwirken an demokratischen Prozessen und das Gelingen von Demokratie unverzichtbar. Deshalb wollen wir das Thema politische Bildung und

Demokratiebildung an den Schulen in allen Jahrgängen verankern. Der Landesbeauftragte für politische Bildung spielt dabei eine hervorgehobene Rolle. Er hat mit Angeboten für Jugendliche – wie „jung und wählerisch“ und mit den „Demokratietagen“ – gemeinsam mit Schulen richtungsweisende Formate entwickelt, die durch neue Projekte und Unterrichtsmodule auszubauen sind, welche auch besonders für junge Schüler*innen, die Auseinandersetzung mit politischer Bildung ermöglichen sollen. Dafür bedarf es einer besseren Finanzierung des Landesbeauftragten für politische Bildung um eine noch bessere Ausgestaltung seiner Arbeit zu ermöglichen.

Gesunde Schule

Viele Kinder, Jugendliche und Erwachsene verbringen viel Zeit in der Schule. Wir sorgen uns um den Krankheitsstand bei Lehrkräften und um Kindern und Jugendlichen, die in der Schule mehr Stress erleben, als ihnen gut tut. Wir werden die vielfältigen Ursachen für Stress im Schulleben genau untersuchen und Maßnahmen dagegen vorschlagen. Den Bildungsdialog werden wir fortführen und das Thema „Gesunde Schule“ in den Mittelpunkt stellen. Zur "Gesunden Schule" gehört auch die Verpflegung mit ausgewogenen und nahrhaften Lebensmitteln, die zudem aus der Region kommen und dem Saisonangebot entsprechen.

Nur was man kennt, schützt man auch” - Umwelt- und Nachhaltigkeitsbildung stärken

Wir werden die schulische und außerschulische Umweltbildung im Sinne der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) stärken - auch mit Angeboten für Erwachsene. Naturkenntnis, das Wissen um ökologische Zusammenhänge der Land- und Meereslebensräume, globale Entwicklungen und um Auswirkungen des eigenen Handelns sehen wir als bedeutende Schlüsselkompetenzen an. Gerade junge Menschen wollen wir stärker befähigen ihre Zukunft aktiv mitzugestalten.

Wir werden die engagierten Vereine und Verbände im Land stärker unterstützen und dabei insbesondere auch die kleinen, aktiven Jugendverbände besser fördern.

Neben der Erweiterung von entsprechenden Angeboten für angehende Lehrer*innen in der Ausbildung wollen wir dem Naturerleben in Kitas und Schulen durch Unterrichtseinheiten im Gelände eine höhere Bedeutung einräumen.

Außerdem wollen wir Kinder und Jugendliche durch neue digitale Angebote für Natur und ihre Umwelt begeistern. Dazu werden wir prüfen, wie ein landesweites Netzwerk aus Museen, Umweltzentren und Jugendverbänden aufgebaut werden kann.

Schwimmen lernen

Jede*r zweite junge Schleswig-Holsteiner*in lernt nicht mehr schwimmen. In vielen Schulen ist qualifizierter Schwimmunterricht auf Grund fehlender Schwimmstätten nicht möglich. Wir wollen ein Programm auflegen, damit alle Kinder schon in der Grundschule schwimmen lernen können. Wir unterstützen die Kommunen beim Erhalt ihrer öffentlichen Bäder und Schwimmsportstätten.

Religionsunterricht gehört dazu

Unsere Schulen sind Orte der Vielfalt. Das sollte sich noch stärker bei den Angeboten zu Religionsunterricht und Ethik zeigen. Wenn wir die Vielfalt ernst nehmen, müssen wir auch in diesem Bereich Angebote schaffen. Solange die christlichen Kirchen, denen der konfessionelle Religionsunterricht zugesichert ist, keinen konfessionsübergreifenden Unterricht wie in Hamburg anstreben, müssen wir gleichberechtigt auch andere Angebote schaffen. Dazu gehört mehr staatlicher

Islamunterricht durch Lehrer*innen, die an deutschen Hochschulen für den Unterricht von Kindern muslimischen Glaubens ausgebildet sind.

Die Schule im Dorf lassen

Kleinen Grundschulen haben wir es ermöglicht, dass sie im Dorf bleiben können. Weiterhin gilt: Kurze Beine – kurze Wege. Aber die Schüler*innenzahlen sinken auch an einigen weiterführenden Schulen. Hier gilt das Argument der kurzen Beine nicht, vielmehr liegt ein Schwerpunkt auf einem fachlichen und vielfältigen Angebot. Zwar haben wir auch dort die Mindestgröße auf 240 Schüler*innen gesenkt, aber so nicht alle Probleme gelöst.

Wir wollen, dass es auch im ländlichen Raum erreichbare Angebote für die Sekundarstufe gibt und sehr lange Fahrtwege für Schüler*innen vermieden werden.

Es ist ein Landesausschuss einzurichten, in dem ein- bis zweimal pro Jahr kreisübergreifend und frühzeitig über Schwierigkeiten aufgrund der demografischen Entwicklung beraten werden kann.

Gemeinschaftsschulen mit praktischer Orientierung entwickeln

Unsere Gemeinschaftsschulen sind vielfältig: Sie öffnen Schüler*innen den Weg zu allen Schulabschlüssen. Ob mit oder ohne eigene Oberstufe: Sie ebnen für viele Jugendliche den Weg bis zum Abitur. Viele Gemeinscheinschaftsschulen haben zudem eine besondere Praxisorrientierung. Mit der Stärkung von Flex- und Praxisklassen, der Kooperation mit Werkstätten der beruflichen Schulen und Unternehmen, mit Schüler*innenfirmen und einem anspruchsvollen Technikprofil können diese Schulen punkten. Wir streben an, Gemeinschaftsschulen ”ohne Oberstufe” zu unterstützen, wenn sie sich zu Gemeinschaftsschulen ”mit praktischer Orientierung” entwickeln wollen. Dabei spielen Coaches, die Jugendlichen in den Schulen frühzeitig und individuell beruflich beraten, eine wichtige Rolle. Wir setzen auf Lernen in der Praxis und individuelle Begleitung. Die entsprechenden Maßnahmen wollen wir verstärken, um auch die Schulabbrecher*innenquote zu senken.

Freie Schulen sind unsere Partner mit frischen Ideen

In den vergangenen Jahren haben wir die Förderung von Schulen in freier Trägerschaft auf eine neue Grundlage gestellt und erstmals seit dem Jahr 2000 spürbar verbessert sowie der tatsächlichen Kostenentwicklung angepasst. Schulen in freier Trägerschaft sind eine Bereicherung unserer Schullandschaft. Etliche Kolleg*innen aus öffentlichen Schulen hospitieren dort. Viele Ideen werden in Schulen freier Trägerschaft ausprobiert und gehen im öffentlichen Bereich in Serie.

Wir wollen die Rahmenbedingungen auch in den freien Schulen weiter verbessern, damit sie sich leichter den Aufgaben von Inklusion und der Integration von Flüchtlingen widmen können.

Aus- und Weiterbildung unserer Lehrer*innen besser gestalten

Gerade weil das Lehramt anspruchsvoll ist, haben wir die Lehrkräfteausbildung modernisiert und wollen nun prüfen, wie wir an unseren Hochschulen Eignungstests für Lehramtsstudierende einführen können. Die Testergebnisse sollen nicht bindend sein, den Studierenden aber Hinweise zur Studienwahl geben.
Mit uns wird es keine Rückabwicklung des Lehrkräftebildungsgesetzes geben. Wir wollen die sich in Umsetzung befindlichen Lehramtskonzepte an unseren Hochschulen

weiter unterstützen. Dies gilt insbesondere für die Umsetzung des Praxissemesters und den Weiterbildungsmaster für Sekundarstufe I-Lehrkräfte.

Die Weiterbildung unserer Lehrkräfte wollen wir ausbauen, auch um in Mangelfächern Engpässen vorzubauen. Wir werden durch Aufbaustudiengänge Lehrkräften und Absolvent*innen der Kombistudiengänge der Europa-Universität Flensburg ermöglichen, sich für die Sekundarstufe II zu qualifizieren. Es sind weitere Maßnahmen gegen den Lehrkräftemangel auf den Weg zu bringen. Vor allem Schulleitungen im ländlichen Raum brauchen unsere Unterstützung. Wir wollen Menschen mit ausländischer Qualifikation den Weg in die deutschen Schulen ebnen und einen Sondereinstellungskorridor für Lehrkräfte in Mangelfächern eröffnen.

Eigenständigkeit erwünscht

Auch künftig sollen Schulen über ihre pädagogischen Methoden weitgehend selbst entscheiden. Jede Lehrkraft tickt anders, deshalb ist Autonomie wichtig. Es obliegt den Schulen, ob z.B. eine Grundschule die Abschlusszeugnisse notenfrei gestaltet oder nicht, mit welcher Schule kooperiert wird, welche Profile angeboten werden, ob jahrgangsübergreifend gearbeitet wird und wie der Umgang mit digitalen Medien zu integrieren ist. Zur Autonomie gehören Standards, die umzusetzen sind, bedarfsgerechte Evaluationen und Maßnahmen zur Qualitätssicherung. Weder die Autonomie, noch das Qualitätsmanagement dürfen – wie in der Vergangenheit geschehen – zu unangemessenem Mehraufwand in den Schulkollegien führen.

Schulentwicklungsplanung für die Metropolregion Hamburg verwirklichen

Wir haben große Fortschritte in Richtung einer freien Schulwahl in der Metropolregion Hamburg gemacht und das Gastschulabkommen abgeschlossen. In der kommenden Wahlperiode wollen wir die Kooperation mit Hamburg intensivieren. Ziel bleibt eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung mit Hamburg für den Hamburger Rand - auch im beruflichen Bereich. Anzustreben ist eine möglichst freie Schulwahl in der Metropolregion, was für viele dort lebende Familien eine große Erleichterung bedeutet. Wir werden prüfen, wie die kreisübergreifende Schulentwicklungsplanung verbessert werden kann.

Lernen@Digital
Der freie Zugang zu Wissen ist eine Chance für mehr Bildungsgerechtigkeit. Um diese Chance nutzen zu können, ist zunächst Wissen um den richtigen Umgang mit den Neuen Medien notwendig. Medienkompetenz ist längst eine Schlüsselqualifikation. Moderne Schulen brauchen zeitgemäße Methoden und digitales Lernen gehört heute unbedingt dazu. Auf diesem Weg wollen wir die Schulen unterstützen und begleiten, u.a. durch Ergänzungen in der Lehrer*innenaus- und -fortbildung, im Vorbereitungsdienst und mit außerschulischen Partnern.

Wir werden mit den kommunalen Spitzenverbänden und Schulträgern nach Lösungen suchen, wie die IT-Infrastruktur auf einen landesweit vergleichbaren, hohen Standard gebracht werden kann. Die Wartung der Hard- und Software kann nicht – wie an einigen Schulen noch üblich – engagierten Lehrer*innen und Schüler*innen zugemutet werden. Dies ist die Aufgabe qualifizierter Schultechniker*innen. Für finanzschwache Schüler*innen brauchen wir Angebote, damit nicht der Geldbeutel über die Teilhabe entscheidet.

Das Internet bietet einfachen Zugang zu Fakten und Wissen – das Lernen entwickelt sich weiter. Interdisziplinäre Medienbildung und Informatikunterricht müssen obligatorisch für alle Schüler*innen an weiterführenden Schulen werden. Um das zu

leisten, sind zügig Lehrkräfte aus- und fortzubilden und die technischen Möglichkeiten an den Schulen zu fördern. Internetzugang muss an allen Schulen in Schleswig-Holstein für alle Schüler*innen möglich sein. Die Vermittlung digitaler Kompetenz darf aber nicht einfach „On Top“ zu den bisherigen Curricula (Lehrplänen) gelegt werden.

Die Idee eines „Medialogbuchs“ zur Dokumentation erworbener Medienkompetenz, wie vom Offenen Kanal SH vorgeschlagen, finden wir sinnvoll. Wir werden die Umsetzung an den Schulen prüfen.

Schleswig-Holstein braucht eine Landesstrategie für Open Educational Resources (frei zugängliche Lehrmaterialien).

Auf den Punkt

- Wir werden dafür sorgen, dass alle Schulen 100 Prozent Unterricht geben können und den "Bildungsbonus" einführen,
- weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Unterrichtsqualität ergreifen,
- mehr pädagogisches Fachpersonal für Inklusion einstellen und Integrationsangebote ausbauen,
- dafür eintreten, dass finanzielle Hindernisse Zuhause nicht zur Bildungsbremse werden,
- Umwelt- und Nachhaltigkeitsbildung in Schulen und durch aktive Vereine stärken und uns für "Gesunde Schulen" einsetzen,
- Ganztagsangebote ausbauen und Schulen im ländlichen Raum stärken,
- für mehr altersgerechte Demokratie und Vielfalt an Schulen sorgen,
- Schulen Freiraum und Ruhe geben, damit vor Ort an der Schulqualität gearbeitet werden kann,
- digitales Lernen fördern.

Berufliche Bildung / Beim direkten Weg von der Schule in die Ausbildung dürfen wir keinen Jugendlichen zurücklassen

Unser Ziel ist es, die Zahl der Jugendlichen deutlich zu erhöhen, die direkt nach der Schule eine Ausbildung beginnen. Ausbildungsvorbereitende Maßnahmen wollen wir zu ausbildungsqualifizierenden Bausteinen umbauen. Wir werden einen jährlichen Projekttag der Gewerkschaften an Beruflichen Schulen einrichten. Ziel der Projekttage soll neben der Vermittlung von Wissen über Arbeitnehmer*innenrechten auch die Darstellung der Geschichte und Rollen deutscher Gewerkschaften sein.

Berufs- und Studienorientierung intensivieren

Die Berufs- und Studienorientierung (BSO) an allgemeinbildenden Schulen verstärken wir und bauen die Kooperation zu Berufsschulen sowie Regionalen Bildungszentren (RBZ) aus. Berufsschullehrkräfte haben durch den engen Kontakt mit Betrieben und Innungen einen größeren Überblick über Ausbildungsberufe und Ausbildungssituation

als viele Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen. Deshalb prüfen wir, wie Berufsschullehrkräfte die allgemeinbildenden Schulen in der Berufsorientierung unterstützen können.

Ausbildungsgarantie für alle Jugendlichen einführen

Immer noch befinden sich jährlich mehr als 7.000 Jugendliche in ausbildungsvorbereitenden Maßnahmen. Hier besteht Handlungsbedarf für Politik und Sozialpartner. Wir brauchen ein qualifizierendes, aufeinander aufbauendes System für Jugendliche, die nach der Schule keinen Ausbildungsplatz bekommen. Wir wollen das Konzept der Ausbildungsgarantie in Schleswig-Holstein umsetzen. Damit bekommt jede*r Jugendliche die Chance auf einen Ausbildungsplatz im Betrieb oder betriebsnah in den beruflichen Schulen beziehungsweise bei freien Trägern.

Azubirechte verankern

Die Ausbildungsreport des DGB zeigt regelmäßig Mängel in den Ausbildungsberufen auf. Fehlende Ausbildungspläne, immer häufigere und regelmäßige Überstunden sowie schlechte Bezahlung sind in vielen Ausbildungsberufen ein Problem. Wir Grüne setzen uns für Mindestausbildungsvergütungen und wirksame Kontrollen der Ausbildungsbetriebe ein. Ähnlich wie für Studierende fordern wir für Azubis ein preisgünstiges Azubiticket.

Dem Fachkräftemangel an beruflichen Schulen entgegenwirken - Modellstudiengänge einrichten

Auch an den berufsbildenden Schulen wollen wir eine Unterrichtsversorgung von 100 Prozent erreichen. Um den Lehrkräftebedarf an beruflichen Schulen zu decken, vor allem im gewerblich-technischen Bereich, brauchen wir neue Einstiegsmodelle. Dazu werden wir modellhaft Masterstudiengänge einrichten und Konzepte mit dem Landesseminar Berufliche Bildung sowie dem Berufsbildungsinstitut Arbeit und Technik an der Europa-Universität Flensburg entwickeln.

Jugendberufsagenturen im ganzen Land etablieren

Wir haben erreicht, dass in fünf Modellregionen in Schleswig-Holstein Jugendberufsagenturen eingerichtet werden und haben dafür 200.000 Euro bereitgestellt. Ein Anfang ist gemacht, weitere Kreise und kreisfreie Städte wollen dieses Konzept umsetzen. Wir werden die flächendeckende Einführung von Jugendberufsagenturen unterstützen. Sie bieten die Chance, dass viele Jugendliche durch intensive Beratung und Begleitung an einem Ort den direkten Weg von der Schule in die Ausbildung finden.

RBZ und berufliche Schulen unterstützen die Integration von Geflüchteten

Berufliche Schulen und Regionale Berufsbildungszentren (RBZ) übernehmen wichtige Arbeit bei der Integration von jungen Flüchtlingen. Sie begleiten die Migrant*innen zu Beginn in Sprachklassen, danach auf ihrem Weg in Ausbildung und Beruf – unabhängig von der Herkunft. Für diese Aufgabe haben wir zusätzliche Ressourcen bereitgestellt. Wir wollen die Möglichkeiten der Kooperation mit freien Trägern und der Bundesagentur für Arbeit jetzt erweitern, um jungen Flüchtlingen über 18 Jahren Sprachunterricht und Ausbildungsvorbereitung zu eröffnen. Das für alle leisten zu können, braucht zusätzliche Mittel des Bundes, um das für alle leisten zu können, braucht es zusätzliche Mittel des Bundes und eine schulrechtliche Regelung, die es Geflüchteten über 18 Jahre ermöglicht, eine Berufsschule zu besuchen.

Berufliche Bildung stärken – Kräfte bündeln in einem Schleswig-Holsteinischen Institut für berufliche Bildung (SHIBB)

In Schleswig-Holstein besuchen mehr als 90.000 Schüler*innen Berufsbildende Schulen in unterschiedlichen Bildungsgängen. Diese Institutionen spielen eine wichtige Rolle beim Übergang von der Schule in den Beruf, bei der Berufsausbildung (duale und vollzeitschulische Berufsausbildungen), beim Erreichen des Abiturs und in der beruflichen Weiterbildung. Wir werden die berufliche Bildung an den Schulen sowie die Aus- und Fortbildung der Berufsschullehrkräfte stärken. Dazu brauchen wir die Bündelung der Ressourcen aus den verschiedenen Ministerien und dem Landesseminar im fachlichen und personellen Bereich sowie die Einbindung von Sozialpartnern und Schulträgern. Die Gründung eines eigenständigen Schleswig-Holsteinischen Landesinstituts für Berufliche Bildung (SHIBB) haben wir bereits angestoßen.

RBZ-Prozess voran bringen

Die beruflichen Schulen müssen flexibel auf neue Herausforderungen reagieren, z.B. mit Sprachklassen und einer Ausbildungsvorbereitung für Flüchtlinge, über Veränderungen in den Ausbildungsberufen und mit Angeboten für Fort- und Weiterbildung. Die Struktur ist als Anstalt öffentlichen Rechts dafür optimal, da sie regionale Berufsbildungszentren autonomer macht.

Auf den Punkt

- Wir werden Jugendberufsagenturen flächendeckend aufbauen,
- dem Fachkräftemangel an Beruflichen Schulen begegnen,
- ein Schleswig-Holsteinisches Institut für Berufliche Bildung (SHIBB) etablieren,
- allen Jugendlichen Ausbildung anbieten.

Hochschulen / Wir fördern unsere Leuchttürme des Wissens

Für unsere Hochschulen haben wir viel erreicht. Während in der schwarz-gelben Regierungszeit Kürzungen und Dialogverweigerung auf der Tagesordnung standen, geht es mit der Küstenkoalition für die Hochschulen voran. Wir GRÜNE waren treibende Kraft bei den Reformen in der Hochschulpolitik und der Verbesserung der finanziellen Lage unserer Hochschulen.

Immer mehr junge Menschen studieren z.B. in Elmshorn, Flensburg, Heide, Kiel und Lübeck. Davon profitieren Städte und Umland. Von den Hochschulen kommen starke Impulse für Zukunftsgestaltung in Schleswig-Holstein. Wir wollen die Hochschulfinanzierung kontinuierlich verbessern um auch im Bundesvergleich weiter aufzuholen und den Aufbau innovativer Studiengänge zu. ermöglichen.

Schleswig-Holstein befindet sich auf dem Weg, ein Wissenschaftsland mit Alleinstellungsmerkmalen zu werden. Statt großer Gesetzesnovellierungen werden wir an konkreten Projekten mit den Hochschulen daran arbeiten, ihre Profile weiter zu stärken. Kooperationsprojekte untereinander und mit anderen Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen im norddeutschen Raum haben Priorität.

Mehr Ressourcen für unsere Hochschulen bereitstellen

Wir GRÜNE unterstützen den Ausbau der Hochschulen auch über den doppelten Abiturjahrgang und das Studierendenplateau 2019 hinaus.

Wir haben mit einem anwachsenden Finanzierungsmodell die Grundhaushalte der Hochschulen gestärkt sowie die Finanzierung des Hochschulpakts III mit rund 240 Millionen Euro und dessen Verstetigung nach 2020 zugesagt. In der nächsten Wahlperiode werden wir die beschlossenen Maßnahmen zur Stärkung der universitären Grundhaushalte umsetzen. Wir wollen unsere Hochschulen weiter finanziell stärken um die Unterfinanzierung der Hochschulen im bundesweiten Vergleich weiter abzubauen und innovative Studiengänge auf den Weg bringen zu können. . Besonders haben wir die Verbesserung der Betreuungsrelation in den Studiengängen im Blick. Kleine und "exotische" Fächer nehmen für uns eine hervorgehobene Position in der differenzierten Hochschullandschaft ein und liegen uns sehr am Herzen.

Wir stellen die Mittel zur Sanierung der in die Jahre gekommenen Gebäude bereit. Die Küstenkoalition hat die Mittel für Hochschulen spürbar aufgestockt.

Viele Rahmenbedingungen in der Hochschulpolitik liegen in der Verantwortung des Bundes. Wir wollen einerseits unsere Hochschulen bei der Bewerbung in bundesweiten Wettbewerben unterstützen, beispielsweise bei der Exzellenzstrategie und den Pakten für Innovations- und Nachwuchsförderung, andererseits politische Initiativen auf Bundesebene entwickeln.

Faire Beschäftigung und Vereinbarkeit fördern

Der Bund muss nach dem Wegfall des Kooperationsverbots für den Wissenschaftsbereich stärker in die Grundfinanzierung aller Hochschulen einsteigen und die notwendigen Infrastrukturen des Wissens über ein Bundesprogramm fördern.

Durch die Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes ist der Rahmen für bessere Arbeitsbedingungen mit weniger Kettenverträgen für junge Wissenschaftler*innen besser geworden. Wir wollen durch weitere Reformen im Bund die prekäre Beschäftigungssituation des wissenschaftlichen Mittelbaus weiter angehen. Wir werden darauf achten, dass sich die Hochschulen Verhaltenskodizes für gute Beschäftigungsverhältnisse insbesondere für befristet Beschäftigte geben.

Gleichzeitig werden wir die Gleichstellung von Frauen an der Hochschule vorantreiben und die Berufung von mehr Professorinnen unterstützen. Dazu gehört auch, die Vereinbarkeit von Forschung, Lehre und Familie weiter zu verbessern und familienfreundliche Rahmenbedingungen bereits für das Studium sowie die Promotion und Habilitation zu schaffen.

Fundament stützen – soziale Infrastruktur ausbauen

Die soziale Infrastruktur mit Beratungs- und Kulturangeboten, Mensen und Wohnheimen ist zentrales Element für ein gerechtes Hochschulstudium. Das Studentenwerk leistet dazu wichtige Arbeit. Wir haben das Studentenwerk in den vergangenen Jahren durch Bauprojekte und beim Personal gestärkt. Uns ist aber bewusst, dass wir bei den Beratungsangeboten und der Schaffung von günstigem Wohnraum weitere Hausaufgaben zu erledigen haben. Neben eigenen Initiativen erwarten wir vom Bund, soziale Infrastruktur endlich als Teil des Hochschulpakts zu realisieren. Wir sehen mit Sorge, dass finanzielle Probleme und unzureichende soziale Absicherung, Stress, Wohnraumnot, Mobilitätsbedürfnisse, sanierungsbedürftige Hochschulen und der Druck, digital voll ausgerüstet zu sein, für die Studierenden extreme Herausforderungen darstellen und die Anforderungen im Studium selbst überlagern.

Gemeinsam mit den Hochschulstädten müssen die Initiativen für mehr günstigen Wohnraum ausgebaut werden. Das Studentenwerk Schleswig-Holstein ist dabei unser Partner und wird von uns unterstützt. Wir begünstigen den Bau integrierter Wohnheime auf den Hochschulcampi. Studentisches Wohnen wird mit Unterkünften für Geflüchtete kombiniert.

Unbestritten muss das BAföG reformiert werden und sollte mittelfristig in ein elternunabhängiges Bildungseinkommen nach Vorbild der dänischen Ausbildungsförderung (Statens Uddannelsesstøtte) umgewandelt werden. Studiengebühren lehnen wir weiterhin ab.

Um die umweltfreundliche und bezahlbare Mobilität der Studierenden und Kooperationen zwischen den Hochschulen zu ermöglichen, setzen wir uns in Verhandlungen mit den Verkehrsbetrieben für ein landesweites Semesterticket zu günstigen Konditionen für die Studierenden ein. Die Finanzierung erfolgt aus den Gemeindeverkehrsfinanzierungsmitteln des Landes.

Nachhaltigkeit, Klimaschutz und innovative Ideen fördern

An unseren Hochschulen und Forschungseinrichtungen gibt es viele Projekte, die sich mit Klimaschutz, regenerativer Energie und Nachhaltigkeit beschäftigen. Bereiche, die nicht im Kieler GEOMAR abgedeckt werden können, wollen wir in einem Forschungsverbund stärker zusammenführen und unterstützen: Ein klimawissenschaftlicher und ökologischer Forschungsverbund, der über die Grenzen unseres Bundeslandes hinaus Erkenntnisse und Ideen liefert.

Darüber hinaus werden wir unsere Hochschulen unterstützen, Nachhaltigkeit zum Leitmotiv ihrer Arbeit zu machen. Dies soll insbesondere durch die Förderung interdisziplinärer Projekte geschehen, in denen Natur- und Kulturwissenschaftler gemeinsam forschen und lehren und starke Akzente setzen. Unsere Hochschulen müssen gerade im Bereich der Nachhaltigkeit ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden. Hier wurden bereits von den Projekten "Yooweedoo" und "Zukunftsmacher" Zeichen gesetzt.

Dasselbe gilt auch für wirtschaftswissenschaftliche Studiengänge, die wir anregen wollen, ihr jetztiges Angebot um Ansätze, die Mensch und Umwelt in den Mittelpunkt stellen, zu ergänzen.

Wir werden Anreize schaffen, damit die Hochschulen neue innovative Studiengänge entwickeln. Das würde Schleswig-Holstein noch attraktiver für Studierende machen.

Hochschule und Wissenschaft haben Vorbildcharakter in vielen gesellschaftlichen Bereichen, auch bei der Bekämpfung des Klimawandels. An den Hochschulen im Land arbeiten und studieren viele tausend Menschen. Die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel hat bereits ein Konzept erarbeitet, wie sie bis 2030 eine klimaneutrale Hochschule wird. Wir wollen mit allen Hochschulen und den jeweiligen Hochschulstädten in der nächsten Wahlperiode Konzepte erarbeiten und auf bestehenden aufbauen.

Schleswig-Holstein hat exzellente außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, die in weiten Teilen gut mit den Hochschulen kooperieren. Im bundesweiten Vergleich sind es aber noch zu wenig. Wir setzen uns dafür ein, dass in der kommenden Wahlperiode unter Beteiligung von Bund und Ländern mehr außeruniversitäre Forschungseinrichtungen in unser Land kommen. Die Diskussionen über ein Zentrum auf

dem Kieler Campus oder zum grenzüberschreitenden Energiezentrum auf dem Flensburger Campus unterstützen wir.

Hochschulen und Startups zusammenbringen

Unsere Hochschulen sind Keimzellen für neue Ideen. Bereits jetzt entstehen welche, die zu Ausgründungen führen. Studierende machen sich mit innovativen Projekten selbstständig. Wir wollen Gründerzentren an allen Hochschulcampi im Land ausbauen und stärken.

Es gilt, die Wirtschaftsförderung des Landes stärker auf Nachhaltigkeit und Innovation auszurichten.

Gemeinsam mit Gründungszentren, Wirtschaftsverbänden, Handelskammern, Hochschulen und Startups wollen wir ein Gründerstipendium entwickeln, mit dem Gründer*innen in skandinavischen und baltischen Ländern Erfahrungen sammeln können.

Gerade sozial-ökologische Ausgründungen mit, nachhaltigen Geschäftsideen werden wir im Rahmen der bestehenden Wirtschaftsförderung beim Übergang von der Hochschule in die Geschäftswelt unterstützen. Das gilt auch für den weiteren Ausbau des Technologietransfers zwischen Hochschulen und Wirtschaft.

Individuelle Beratung und Verbesserung der Studienqualität

Hohe Abbruchquoten von Studierenden, Verschulung der Lehre und der gleichzeitige Wunsch nach kritischer Bildung mit stärkerer und schnellerer Berufsqualifizierung – die Erwartungen an gute Lehre und ein qualitativ anspruchsvolles Studium gehen weit auseinander.

Wir GRÜNE wollen im Konsens mit den Hochschulen die Studieneingangsphase durch das Erproben unterschiedlicher Modelle wie etwa dem "Studium Generale" fortentwickeln. So können Studierende interdisziplinär Kompetenzen erlangen und sich im ersten Studienjahr umfassend orientieren.

Wir wollen die Studierenden bei ihrer Studienwahl und im Studienverlauf durch neue Instrumente und eine passgenaue Studienberatung stärker unterstützen. Der “Numerus Clausus” als zentrales Element der Zulassungsbeschränkung muss weiter durch die Entwicklung von Alternativen pro Studiengang ergänzt werden. Um Studierende bei ihrer Studienentscheidung und bei eventuellen Studienwechseln besser zu begleiten, setzen wir uns für eine Stärkung der Studienberatungen ein.

Bereits bestehende Instrumente zur Orientierung, wie ein Probestudium parallel zum Freiwilligendienst, der Arbeit oder der Oberstufe, werden wir auf alle Hochschulen im Land ausweiten.

Innovative, kompetenzorientierte Lehr- und Prüfungsangebote sind zu fördern. Dabei ist besonders die Betreuungsrelation zwischen Lehrenden und Lernenden zu verbessern.

Wir unterstützen die Hochschulen dabei, auch sieben- bis achtsemestrige Bachelor-Studiengänge anzubieten und setzen uns für eine Flexibilisierung der jetzigen Obergrenze von zehn Semestern für einzelne Studiengänge ein.

Promotionen für FH-Absolvent*innen ermöglichen, Qualifikationen und Abschlüsse anerkennen

Mit dem in der vergangenen Legislaturperiode geschaffenen Promotionskolleg haben wir die Grundlage für Promotionen an Fachhochschulen gelegt. Dieses Instrument wollen wir gemeinsam mit Fachhochschulen und Universitäten überprüfen und fortentwickeln, damit es noch genauer zur Situation in forschungsstarken Fachbereichen an Fachhochschulen passt, ohne die starke Stellung der Universitäten zu schwächen.

Wir werden Geflüchtete mit Hochschulzugangsberechtigung unterstützen, ein Studium bei uns im Land aufzunehmen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass ein Studium künftig als Grund für eine sogenannte "Umverteilung" anerkannt wird. Wir werden eine Bundesratsinitiative auf den Weg bringen, so dass Geflüchtete nach drei Monaten Aufenthalt in Deutschland Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) erhalten können, wenn sie eine Einschreibung in die Hochschule geschafft haben.Die vielen erfolgreichen Projekte an unseren Hochschulen werden wir weiterhin finanziell fördern.

Wer als Geflüchtete*r mit Qualifikationen nach Deutschland kommt, soll sie auch nutzen können. Dabei sind Fähigkeiten wichtiger als Papiere. Wir brauchen eine frühzeitige Erkennung von beruflichen Kompetenzen der Migrant*innen und einen gerechten Zugang zu Bildungsangeboten. Die Unterstützung bei der Berufssuche kann aber nicht nach dem ersten Profiling abgeschlossen sein, da Geflüchtete ihre beruflichen Qualifikationen, Wünsche und Ausbildungsziele mitunter erst besser darlegen können, wenn sie sich sozial und mental stabilisiert haben.

Vielfalt und Weltoffenheit gehört an unsere Hochschulen

Bildungsaufsteiger*innen, Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit Behinderung, Ältere, Flüchtlinge und LGBTQI-Menschen (Lesbian, Gay, Bi, Trans, Queer, Inter) sind in den vergangenen Jahren in den Fokus unserer Hochschulen gekommen. Für alle soll an unseren Hochschulen Platz sein. Diskriminierungen im Alltag wollen wir weiterhin entschieden begegnen und Förderprogramme, spezielle Aufnahmetests und Beratungsangebote ausbauen.

Wir unterstützen Deutschkurse für Geflüchtete und Qualifizierungsangebote für bislang benachteiligte Gruppen weiterhin finanziell.

Das ursprünglich geplante Konzept von Erstaufnahmen an den Hochschulstandorten soll im Sinne von Integrationshäusern verfolgt werden. Mit Landesunterstützung ist dort Wohnraum insbesondere für Zugezogene und Studierende zu schaffen.

Auch eine stärkere Internationalisierung der Hochschulen steht auf unserer Agenda, etwa mit Auslandssemestern für Studierende, internationalen Wissenschaftskooperationen, mehrsprachigen Studienangeboten und dem Ausbau grenzüberschreitender Studiengänge.

Mitbestimmung und Partizipation sind Grundlage für mehr Autonomie

Wir GRÜNE wollen den Hochschulen mehr Autonomie geben. Wir werden weiterhin an einer gut ausgestalteten, auf die Hochschulen und ihre Aufgaben zugeschnittenen paritätischen Mitbestimmung arbeiten – für alle Statusgruppen (Professor*innen, Studierende, wissenschaftliche Mitarbeiter*innen, technisch-administrative Mitarbeiter*innen)

In dieser Wahlperiode haben wir begonnen, die Zielvereinbarungen von Überregulierungen zu befreien. Es gibt keine jährlichen Berichtspflichten mehr. Den

Hochschulen ist mehr Autonomie beim Bau ermöglicht. Wir wollen den Hochschulleitungen und Personalräten mehr Luft zum Atmen geben, indem wir ihnen mehr Freiheit bei der Personalplanung einräumen.

Kooperationsverbot abschaffen

Der Bildungsföderalismus hat sich nicht bewährt – er führt oft zu Kleinstaaterei. Die im Grundgesetz geforderte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist aufgrund der unterschiedlichen Finanzkraft der Länder bislang nicht erreicht. Es gilt, das Kooperationsverbot aufzuheben, um dem Bund finanzielle und inhaltliche Mitwirkung an den Bildungsaufgaben zu erlauben.

Lernen – ein Leben lang

Angebote zur persönlichen, beruflichen, wissenschaftlichen und kulturellen Weiterbildung sind als vierte Säule im Bildungssystem ein wichtiger Bestandteil der Bildungslandschaft. Die Weiterbildungsträger und Hochschulen in Schleswig-Holstein bieten mit vielfältigen Kursen, Seminaren und Studiengängen umfassende Möglichkeiten zur Qualifizierung. Um passgenaue Angebote zu finden, ist eine individuelle, trägerunabhängige Beratung wichtig.

Mit der gesetzlich verankerten Möglichkeit zur Bildungsfreistellung sowie dem Weiterbildungsbonus gibt es schon heute eine gute Basis für Angebote der allgemeinen, kulturellen und beruflichen Weiterbildung. Diese Maßnahmen unterstützen wir GRÜNE weiterhin. Wir wollen mehr Arbeitnehmer*innen und Firmen für das Angebot der Bildungsfreistellung gewinnen und werden mit den Akteur*innen (Unternehmen, Träger und Mitarbeiter*innen, Selbstständige) Konzepte erarbeiten, wie dies gelingen kann.

Volkshochschulen und Bibliotheken ergänzen die Weiterbildungslandschaft, sind mit ihrem breiten Angebot wichtige Partner in der Weiterbildung und in allen Regionen des Landes verankert. Wir wollen ihre Finanzierung sichern und die Weiterentwicklung zu digitalen Knotenpunkten unterstützen. Nutzer*innen finden hier freies WLAN und Angebote zur Fortbildung mit digitalen Medien. Sie werden zu zentralen Orten der Kommunikation, von Zusammenarbeit und Bildung, wie es in unserem Nachbarland Dänemark bereits vielerorts vollzogen ist. Durch ihr Engagement bei den Sprach- und Integrationskursen tragen sie zudem maßgeblich zur Integration der Flüchtlinge bei.

14 Prozent unserer Bevölkerung können nicht ausreichend Lesen und Schreiben. Außerdem gibt es Bedarf an Angeboten, um Schulabschlüsse auch jenseits der Altersgrenze von 18 Jahren nachzuholen. Uns ist ein umfassendes Angebot an Grundbildungskursen wichtig. Deshalb wollen wir prüfen, wie wir die Angebote bedarfsgerecht gestalten können.

Hochschule@Digital

Moderne Hochschulen müssen auch bei der Digitalisierung Taktgeber für die Gesellschaft sein. Digitalisierung bietet enorme Möglichkeiten des Austausches, der Informationsgewinnung und -aufbereitung und ein hohes Potenzial für die weitere Optimierung der Lehre. Selbstverständlich bleibt der persönliche Austausch weiterhin für wissenschaftliche Diskurse wichtig. Voraussetzung ist der freie Zugang zu Literatur und Forschungsergebnissen. Öffentlich finanzierte Forschung soll für alle zugänglich sein. Deshalb unterstützen wir die Open-Access-Strategie (offener Zugang zu wissenschaftlicher Literatur) der Landesregierung, die gemeinsam

mit Hochschulen und Wissenschaftsbibliotheken entwickelt worden ist. Sie muss in der kommenden Legislaturperiode weiter ausgebaut werden.

Für Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen wollen wir ein landesweites Wissenschaftsnetz entwickeln. Die Rechenzentren der Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind zu verbinden.

Im Zeitalter von Globalisierung und Digitalisierung können und wollen viele Studierende ihre Lernmodule weltweit zusammenstellen. Die Hochschulen müssen daher neue Richtlinien zur gegenseitigen Anerkennung von Studienleistungen entwickeln.

Online-Literatur, Online-Kurse und Flipped-Classroom-Angebote können Bibliothek und Hörsaal als klassische Lernforen ergänzen, jedoch nicht ersetzen. Am Ende könnte der physische Standort der Hochschule immer weniger von Bedeutung sein. Dieser Trend setzt Ressourcen für bessere und individuellere Betreuung der Studierenden frei.

Bei diesen absehbaren Entwicklungen werden wir die Hochschulen gezielt unterstützen und über die Zielvereinbarungen auffordern, die Auswirkungen der Digitalisierung auf alle Fachbereiche zu überprüfen. Um sich auf die Herausforderungen der Digitalisierung einzustellen, reicht die Forderung nach zusätzlichen Mitteln nicht aus.

Auf den Punkt

- Wir werden unsere Hochschulen finanziell weiter stärken,
- mit den Hochschulen ein landesweites Wissenschaftsnetz entwickeln,
- sozial nachhaltige Ausgründungen unterstützen,
- innovative Studiengänge fördern
- das landesweite Semesterticket umsetzen,
- uns für eine vollständige Abschaffung des Kooperationsverbots auf Bundesebene einsetzen,
- Angebote für lebenslanges Lernen weiterentwickeln und fördern.

Finanzen / Gute Haushaltsführung ist eine Frage der Gerechtigkeit, kluger Entscheidungen und Ausgabendisziplin

Maßstab für grüne Finanzpolitik ist die Generationengerechtigkeit. Immer mehr Schulden einfach an die nächste Generation weiter zu reichen, stellt keine tragfähige Lösung dar. Aber der Begriff Schulden umfasst mehr als nur Haushaltszahlen. Eine einseitige Haushaltskonsolidierung, die zukünftige Haushalte und Generationen durch fehlende Bildung, schlechte Daseinsvorsorge oder marode Infrastruktur belastet und in dieser Form Schulden ansammelt, ist keine Alternative. Sie gefährdet die Zukunftsfähigkeit unseres Landes und spaltet die Gesellschaft.

Schleswig-Holstein ist auf dem Weg der Haushaltskonsolidierung gut voran gekommen. Während im Jahr 2010 noch rund 1,3 Milliarden Euro neue Schulden aufgehäuft wurden haben wir für 2017 einen strukturell ausgeglichenen Haushalt auf den Weg gebracht.

Wir haben einen neuen Titel „Schuldentilgung“ in den Haushalt aufgenommen und planen für 2017 Schulden in Höhe von 47 Millionen Euro zurückzuzahlen. Schon 2013 wie 2015 war es uns im Vollzug gelungen am Jahresende Haushaltsüberschüsse zu erwirtschaften. Wir wollen auch zukünftig ohne neue Schulden auskommen.

Es ist uns gelungen, als erste Landesregierung seit Jahrzehnten, Schulden abzubauen und gleichzeitig in Bildung, Klimaschutz und Infrastruktur zu investieren. Nur wer sich um gute Bildung kümmert und unsere Infrastruktur nicht verfallen lässt, handelt nachhaltig und generationengerecht.

Mit IMPULS unsere Infrastruktur sanieren

Zum ersten Mal haben wir eine ehrliche Bestandsaufnahme über den Sanierungsbedarf der Landesinfrastruktur vorgenommen und einen Abbauplan auch für diese Schulden vorgelegt. Mit unserem Infrastruktur-Sanierungsprogramm IMPULS haben wir zudem die notwendige rechtliche Grundlage geschaffen, dass künftig Haushaltsüberschüsse zur Sanierung der Infrastruktur eingesetzt werden können.

Erstmalig fließen 2016/17 insgesamt 100 Millionen aus dem Haushaltsüberschuss des Jahres 2015 in die Sanierung unserer Infrastruktur. Ab dem Jahr 2018 sollen es 150 Millionen pro Jahr sein. Eine solide Finanzplanung, die gute Konjunktur und niedrige Zinsen sind eine gute Grundlage, um die finanziellen Herausforderungen auch in den nächsten Jahren zu meistern.

Soziale Daseinsvorsorge stärken – Kita, Schule, Wohnen, Kultur

Wir wissen, dass es noch viel zu tun gibt. Wir GRÜNE wollen die soziale Spaltung in unserem Land überwinden, Integration ermöglichen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt neu organisieren. Dazu gehören gute soziale Daseinsvorsorge, Teilhabe, Investitionen in den Bildungsbereich und in den Wohnungsbau.

Wir versprechen nicht zu viel

Wir orientieren unsere Ausgaben an den Realitäten. Es ist klar, dass die Haushaltskonsolidierung auch in den nächsten Jahren eine eindeutige Schwerpunktsetzung erfordert. Wir GRÜNE nehmen diese Herausforderung an. Unser Wahlprogramm verspricht nicht mehr, als wir halten können. Zinsen können steigen und Steuereinnahmen sinken. Wir stellen uns darauf ein, dass unsere Ziele auch in den kommenden Jahren nur schrittweise umzusetzen sind.

Schädliche Subventionen abbauen

Wir wollen die Finanzpolitik stärker an ökologischen Kriterien wie Ressourcenschutz oder Vermeidung von CO2-Emissionen orientieren. Um insbesondere ökologisch schädliche Subventionen abzubauen, haben wir einen Subventionsbericht auf den Weg gebracht. Eine transparente und regelmäßige Berichterstattung soll es uns ermöglichen, die im Rahmen der Haushaltskonsolidierung und der ökologischen Modernisierung notwendigen Schritte einzuleiten.

Steuergerechtigkeit herstellen, Steuerverwaltung personell stärken

Der Staat hat momentan kein Einnahmedefizit. Angesichts der hohen Haushaltsüberschüsse geht es nicht darum, dass der Staat insgesamt mehr Geld einnimmt. Wir sehen aber ein Gerechtigkeitsdefizit – und das in mehrfacher Hinsicht: Finanzgewinne werden geringer besteuert als Arbeit. Die Armen werden ärmer und die Reichen reicher. Aber auch die sehr Reichen gehören zur Gesellschaft

und müssen sich entsprechend an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen. Wir werden uns deshalb im Bundesrat dafür einsetzen, Steuerhinterziehung stärker zu bekämpfen, Steuerschlupflöcher konsequenter zu schließen und sehr hohe Vermögen, Finanzgewinne und Erbschaften angemessen zu besteuern. Selbstverständlich legen wir dabei besonderen Wert auf den Erhalt von Arbeitsplätzen und die Sicherung der Innovationskraft von Unternehmen.

Zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung gehört für uns auch, dass die Kompetenzen der Europäischen Union und des Bundes, sowie die personellen Ressourcen gestärkt werden. Für eine echte Stärkung der Kompetenzen auf dem europäischen Level muss ein stärkerer Souveränitätstransfer in einigen Politikfeldern stattfinden. Ohne eine effizient aufgestellte Steuerverwaltung werden wir Steuergerechtigkeit nicht herstellen können. Als ersten Schritt schlagen wir vor, große international tätige Unternehmen in die Steuerverantwortung des Bundes zu überführen.

Für eine gerechte Unternehmensbesteuerung und eine Finanztransaktionssteuer
Die Verhinderung von Steuerflucht lässt sich längst nicht mehr allein auf nationaler Ebene lösen. Wir brauchen ein europaweit einheitliches Vorgehen nach einem klaren Regelwerk sowie eine verstärkte internationale Zusammenarbeit. Unser Ziel bleibt eine gerechte Unternehmensbesteuerung. Eine Finanztransaktionssteuer kann als Instrument der Krisenpräventation zur Stabilität der Finanzmärkte beitragen."

Soli neu verteilen und Altschuldentilgungsfonds errichten

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die freien Mittel des Solidaritätszuschlags, die der Bund aktuell nicht mehr zur Finanzierung der neuen Länder benötigt, nicht dem Bundeshaushalt zufließen, sondern allen Bundesländern und den Kommunen für die Finanzierung von Zukunftsaufgaben, insbesondere im Bildungsbereich, zur Verfügung stehen. Gleichzeitig müssen Länder und Kommunen in die Lage versetzt werden, die Last der Altschulden zu bewältigen. Für uns GRÜNE ist dafür ein Altschuldentilgungsfonds die beste Lösung. Hier sehen wir den Bund in der Pflicht, entsprechende Mittel bereitzustellen – z.B. durch Verlängerung oder Neuauflage eines zweckgebundenen, befristeten Solidaritätszuschlages.

Verantwortungsgemeinschaft von Bund, Ländern und Kommunen für die Integration

Die humanitäre Aufgabe der Aufnahme von Geflüchteten, einschließlich der dafür notwendigen Integrationsarbeit, erfordert eine finanzielle Verantwortungsgemeinschaft von Bund, Ländern und Kommunen. Wer heute nicht in Integration investiert, ist für hohe soziale Folgekosten verantwortlich. Wir werden uns dafür einsetzen, dass für die Integration der Geflüchteten ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden und unseren Beitrag dazu leisten.

Mehr Personal für Bildung und öffentliche Sicherheit

Grundlage der Konsolidierungspolitik des Landes ist der im Jahr 2010 beschlossene Personalabbaupfad. In dieser Legislaturperiode haben wir in etwa so viele Stellen auf- wie abgebaut, um den Bedarf in Schulen, bei Polizei und Justiz sowie der Versorgung von Geflüchteten zu bewältigen. Für die nächste Legislaturperiode ist es unser Ziel, die Bildung weiter zu stärken.

Haushaltsüberschüsse für Tilgung und Infrastruktur

Wir werden weiterhin Haushaltsüberschüsse nutzen, um in unsere Infrastruktur zu investieren und Altschulden abzubauen. Eine 50:50-Aufteilung in Schuldenabbau und Investitionen ist für uns die Leitlinie.

Wir werden die begonnene Sanierung unserer Infrastruktur fortsetzen. Das schlüssige Gesamtkonzept der Landesregierung, welches weit über die Legislaturperiode hinausgeht, ist eine gute Grundlage, um den Sanierungsstau des Landes planbar und verlässlich abzubauen. Es gilt, das Infrastruktursanierungsprogramm IMPULS zu nutzen, um Krankenhäuser, Hochschulen und Straßen zu sanieren, Energiesparmaßnahmen in den landeseigenen Liegenschaften umzusetzen und unser Land auf das neue digitale Zeitalter vorzubereiten.

Fair mit unseren Kommunen umgehen

Wir werden unsere Kommunen fair behandeln. Bei neuen Herausforderungen sind gemeinsam und dialogorientiert Lösungen zu suchen. Ob U3-Betreuung (Kinder unter drei Jahren), Schulsozialarbeit, Stärkung kommunaler Infrastruktur, kommunaler Finanzausgleich oder Grunderwerbssteuer: Mit unseren Beschlüssen haben wir kommunale Finanzen und Daseinsvorsorge gestärkt und gerechter gemacht.
Wir werden gemeinsam mit den Kommunen darüber beraten wie hoch verschuldete Kommunen auf dem Weg der Haushaltskonsolidierungen auch nach dem Auslaufen des bisherigen Konsolidierungshilfe weiter finanziell unterstützt werden können

Sparkassen fit für die Zukunft machen
Am Finanzmarkt werden regionale Akteure benötigt, die anders wirtschaften als die globalen Investmentbanken und dem Gemeinwohl verpflichtet sind. Insbesondere die Sparkassen zeichnen sich durch ihre regionale Struktur und die direkte Beratung aus. Dieses Modell wollen wir erhalten. Wir sind uns gleichzeitig bewusst, dass die Sparkassen in Zeiten der Niedrigzinsphase vor Herausforderungen wie Digitalisierung und erhöhten Eigenkapitalanforderungen stehen.

Wir werden die Sparkassen darin unterstützen, ihren öffentlichen Auftrag ins Zentrum ihrer Arbeit zu rücken. Dazu gehören eine ausreichende Versorgung aller Bevölkerungskreise, der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstands, und der öffentlichen Hand mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen auch in der Fläche ebenso wie ein Beratungsangebot für private Anleger*innen bei nachhaltigen Finanzprodukten. Wir wollen das Ziel des nachhaltigen Wirtschaftens stärken und gemeinsam mit den Sparkassen geeignete Instrumente entwickeln, wie zum Beispiel Nachhaltigkeitsberichte und eine Verankerung dieses Ziels im Sparkassengesetz.

Schwere Erblast HSH Nordbank

Auch wenn es schwer erträglich ist, dass die Steuerzahler*innen in den nächsten Jahren für die Fehler der Bank aufkommen müssen, können wir uns dieser Erblast nicht entziehen. Wir werden die Entscheidung der Europäischen Kommission, die HSH Nordbank 2018 zu verkaufen bzw. abzuwickeln, konsequent umsetzen und damit einen Schlussstrich ziehen.

Die Steuerzahler*innen werden für die Verluste der Bank viel bezahlen müssen. Das ist bitter. Wir erwarten deshalb, dass die HSH Nordbank stets verantwortungsvoll agiert. Schließlich geht es um das Vermögen des Landes. Jedes Handeln muss transparent wirtschaftlich begründet sein. Dies schließt auch die Politik ein. Zukünftige Landesregierungen müssen ebenfalls alle möglichen Verluste transparent und ehrlich darstellen.

Wir wissen, dass Personalabbau und die Schwächung des Kieler Standorts aus den Umstrukturierungen der Bank folgen. Soweit es möglich ist, setzen wir und für schonende Lösungen für die Beschäftigten und die Landeshauptstadt ein.

Versorgungsfonds für Beamtenpensionen aufbauen

Schleswig-Holstein hat neben rund 27 Milliarden Euro Schulden noch Pensionsverpflichtungen in Höhe von rund 30 Milliarden Euro. Daher ist es notwendig, Vorsorge zu treffen. Wir werden den von der Küstenkoalition eingeführten, aktuell umzusetzenden Versorgungsgfonds für die Beamtenvorsorgung aufbauen und nachhaltig mit einer werterhaltenden Anlagestrategie ausgestalten.

Divestment – keine Investition in fossile Energien

In der vergangenen Legislatur hat sich die Landesregierung auf den Weg gemacht, bei der Anlage von Geld eine Divestment-Strategie (das Gegenteil einer Investition) zu verfolgen. Es werden keine Gelder mehr in Anlagen fossiler Energien angelegt. Diese Strategie werden wir für den neuen Versorgungsfonds des Landes beibehalten. Alle Geldanlagen müssen fest definierten sozialen und ökologischen Kriterien genügen und einer guten Unternehmensführung entsprechen. Investitionen in Unternehmen, deren Geschäftsmodell auf dem Abbau oder der Energieerzeugung mit nuklearen oder fossilen Energieträgern (inklusive Erdgas-Fracking) beruht, sollen zurückgefahren werden. Unser Ziel ist es, dass diese Technologien schnellstmöglich nicht mehr notwendig sind. Auch bei Beteiligungen und Stiftungen muss das Land seinen Einfluss entsprechend geltend machen.

Haushaltsklarheit und Transparenz muss sein

Wir GRÜNE setzen uns für Transparenz im Landeshaushalt ein. Der Haushalt soll für alle nachvollziehbar sein und zukünftige Belastungen wie Investitionsanforderungen so gut wie möglich abbilden. Dazu haben wir mit bedienungsfreundlichen, lesbaren Textdokumenten im Internet oder auch mit unserem Infrastrukturbericht erste Schritte in Form und Inhalt unternommen. Mittelfristig sollen alle Haushaltsdaten als offene, maschinenlesbare Daten zur Verfügung stehen.

Darüber hinaus wollen wir prüfen, wie mit einer Umstellung auf doppische Haushaltsführung (doppelte Buchführung, ermöglicht Gewinn- und Verlustrechnung) ohne hohe Umstellungskosten mehr Haushaltsklarheit gelingen kann. Ziel ist es, direkt im Haushalt Investitionsanforderungen, Pensionslasten oder Verschleiß transparent aufzuzeigen.

ÖPP – aber nur in engen Grenzen

Jede ÖPP-Maßnahme (Öffentlich-Private-Partnerschaft, Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und privaten Unternehmen) muss auf ihre Folgekosten überprüft und die Kosten müssen in die Finanzplanung aufgenommen werden. In der Finanzplanung ist die finanzielle Verpflichtung aller ÖPP-Projekte transparent darzustellen und zu prüfen, ob ÖPP die mittel- wie langfristig beste und kostengünstigste Variante ist. Unser Ziel ist es, die Menge an ÖPP-Projekten möglichst gering zu halten. In der Landesverfassung soll verankert werden, dass die Gesamtverpflichtung aus ÖPP-Projekten nicht höher sein darf als zehn Prozent der jeweiligen Gesamtausgaben im Landeshaushalt. Voraussetzung für jedes einzelne ÖPP-Projekt ist eine wirksame parlamentarische Kontrolle und eine transparente öffentliche Darstellung von Anfang an und über die gesamte Dauer des Projekts. Diese beinhaltet die Zustimmung des Parlaments in der Sache und bei gravierenden Änderungen.

Finanzen@Digitales

Wir wollen den Einsatz von Finanzmitteln zukünftig stärker an der Herausforderung der Digitalisierung orientieren. Dies betrifft sowohl die Landesverwaltung, als auch die Bewilligung von Förderprojekten. Unser Vorhaben: das Antragsverfahren so zu gestalten, dass die Digitalisierung zu Effizienzeffekten und Entbürokratisierung führt. Davon profitieren auch die Wirtschaft und die Fördergeldempfänger des Landes. Entsprechend den Transparenzbestrebungen für das Verwaltungshandeln wird auch das Finanzhandeln des Landes transparent gemacht. Bürger*innen sollen sich jederzeit im Internet über Finanztransaktionen, Gehälter von Führungskräften des Landes etc. informieren können.

Auf den Punkt

- Wir werden die Schuldenbremse einhalten und die Haushaltskonsolidierung fortsetzen,
- vorrangig in Bildung und Klimaschutz investieren,
- ausreichend Personal für Schule, Justiz und Polizei beschäftigen,
- die Kommunen fair behandeln,
- Haushaltsmittel nachhaltig anlegen (Divestment-Strategie),
- die Digitalisierung in der Finanzverwaltung weiter ausbauen.